



netzwerk
recherche

Jahresbericht 2016

Impressum

Redaktion Julia Stein, Egmont R. Koch,
Manfred Redelfs, Thomas Schnedler,
Bernd Kastner, Renate Daum,
Ulrike Maercks-Franzen, Ajmone Kuqi,
Günter Bartsch, Franziska Senkel
© Juni 2017 — netzwerk recherche
info@netzwerkrecherche.de
www.netzwerkrecherche.de



Liebe Leserinnen und Leser,

wer heutzutage Journalistin oder Journalist werden will, kann lange grübeln, was für ein Journalist er eigentlich sein möchte – ein Datenjournalist? Ein VJ? Ein Lokaljournalist? Ein investigativer Journalist? Oder ein investigativer Lokaljournalist? Oder irgendwas mit Leaks? Vor allem gemeinnützig?

Noch nie war DER Journalismus so vielfältig wie heute. Zwar unterscheiden sich die Berufsbilder, die Medien und die Finanzierungsmodelle teilweise so stark, dass es auf den ersten Blick keinen gemeinsamen Nenner gibt. Auf den zweiten Blick gibt es aber nur einen einzigen Journalismus – den, der Antworten sucht auf Fragen.

Heißt: Am Anfang steht die Frage. So war es immer, so wird es immer bleiben. Egal wie sich der Journalismus entwickelt, egal, wie viel- oder einfältig er wird.

Heißt auch: Am Anfang steht nicht die Antwort. Journalisten sind nicht die besseren Antwortgeber. Sie verschätzen sich in ihrer eigenen Wirkung, wenn sie vorschnell über die Welt und ihre Protagonisten richten. Je vielfältiger der Journalismus, desto größer zuweilen der Hang zur Selbstüberschätzung.

Das netzwerk recherche setzt sich für mehr Qualität im Journalismus ein, für besseres Handwerk und das Reflektieren der eigenen Haltung. Das netzwerk recherche verbindet die unterschiedlichsten Journalistinnen und Journalisten unserer Zeit – um die Rahmenbedingungen für Recherche zu verbessern. Denn Recherche ist und bleibt die wichtigste Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des Journalismus.

Julia Stein

Inhaltsverzeichnis

- 6 **Vorstand**
- 7 **Neufassung des Medienkodex**
- 8 **Journalismus heute. An der Grenze**
Jahreskonferenz vom 7. bis 9. Juli 2016 in Hamburg
- 14 **Verschlossene Auster 2016 für Facebook**
Der Negativpreis für den Informationsblockierer des Jahres
- 19 **Leuchtturm 2016 für Can Dündar**
Auszeichnung für besondere publizistische Leistungen –
der Medienpreis des netzwerk recherche
- 25 **Fachkonferenz „Im Visier der Meute“**
Journalistische Recherche zwischen Fairness und Exzess
- 27 **Non-Profit-Journalismus**
- 29 **Stammtische**
- 29 **Newsletter**
- 30 **Pressefreiheit**
Aktivitäten für Pressefreiheit und Datensicherheit
- 31 **Recherchestipendien 2016**
- 40 **„Mehr Transparenz wagen“**
Die Arbeit von netzwerk recherche zu den Themen
Auskunftsrecht und Informationsfreiheit
- 42 **Finanzen 2016**
- 44 **Ehrenamtliches Engagement**
- 46 **Partner**



Gert Monheim, Bernd Kastner, Markus Grill, Cordula Meyer, Renate Daum, Julia Stein, Christina Elmer und Egmont R. Koch (von links).

Vorstand

Vorstand:

Julia Stein 1. Vorsitzende
 Cordula Meyer 2. Vorsitzende
 Renate Daum Schatzmeisterin
 Christina Elmer Schriftführerin

Beisitzer:

Bernd Kastner
 Markus Grill
 Egmont R. Koch
 Gert Monheim

Vom Vorstand kooptiert:

Franziska Augstein
 Marc Widmann
 Kuno Habermusch
 Ulrike Maercks-Franzen
 Manfred Redelfs
 Albrecht Ude
 Vera Linß
 Thomas Schnedler (ab April 2017)

Kassenprüfer:

Frank Brendel und Jonathan Sachse

Mitarbeiter der Geschäftsstelle 2016:

Günter Bartsch, Ajmone Kuqi, Thomas Schnedler, Franziska Senkel, Teena Ihmels, Marc-Philipp Schneider, Simon Gramß, David Pechmann (Praktikum)

Neufassung des Medienkodex

Die Mitglieder von netzwerk recherche haben in ihrer Jahresversammlung am 8. Juli 2016 über Änderungen des Medienkodex beraten und die folgende Neufassung beschlossen. Die ursprüngliche Fassung von 2006 ist auf der nr-Website unter nrch.de/medienkodex dokumentiert.

Präambel

Recherche ist die wichtigste Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des Journalismus. Neue Technologien eröffnen dem Journalismus und der Recherche Chancen und bringen neue Herausforderungen mit sich. Gleichzeitig gefährdet der ökonomische Druck die Qualität des Journalismus. Das netzwerk recherche setzt sich für Qualität, Handwerk und gute Rahmenbedingungen der Recherche ein.

- ▶ Journalisten* recherchieren und berichten unabhängig, sorgfältig und umfassend. Sie achten die Menschenwürde und Persönlichkeitsrechte.
- ▶ Journalisten recherchieren, gewichten und veröffentlichen nach dem Grundsatz „Richtigkeit vor Schnelligkeit“.
- ▶ Journalisten schützen ihre Informanten uneingeschränkt, vor und nach einer Berichterstattung. Sie klären auf über Risiken. Die Sicherheit des Informanten hat stets Priorität. Journalisten schützen ihre Kommunikation gegen unbefugten Zugriff und nutzen digitale Verschlüsselungstechniken.
- ▶ Journalisten garantieren handwerklich saubere und ausführliche Recherche aller zur Verfügung stehenden Quellen.
- ▶ Journalisten machen keine PR.
- ▶ Journalisten verzichten auf jegliche Vorteilsnahme und Vergünstigung.
- ▶ Journalisten unterscheiden erkennbar zwischen Fakten und Meinungen.
- ▶ Journalisten überprüfen ihre Arbeit und legen ihre Fehler und Korrekturen offen. Sofern es publizistisch sinnvoll ist, informieren sie über ihren Rechercheweg.
- ▶ Journalisten ermöglichen und nutzen Fortbildung zur Verbesserung ihrer Arbeit.
- ▶ Medienunternehmen sind in der Verantwortung, Journalisten bei der Umsetzung dieses Leitbildes zu unterstützen. Wichtige Funktionen haben dabei Redaktions- und Beschwerdeausschüsse sowie Ombudsstellen und eine kritische Medienberichterstattung.

* Es sind stets beide Geschlechter gemeint.



Journalismus heute An der Grenze

Journalismus heute. An der Grenze

Jahreskonferenz vom 7. bis 9. Juli 2016 in Hamburg

Unter dem Titel „Journalismus heute. An der Grenze“ fand die Jahreskonferenz von netzwerk recherche im Juli 2016 statt – wie immer auf dem Gelände des NDR in Hamburg.

„An der Grenze“ haben wir die Jahreskonferenz 2016 betitelt. Denn an der Grenze waren und sind viele Kollegen wörtlich – dort, wo Flüchtlinge Zäune und Meeresengen überwinden, um nach Europa zu gelangen. An Grenzen kommen wir als Journalisten aber auch, wenn wir unter diesen Umständen womöglich nicht mehr so neutral und objektiv berichten, wie wir es uns gern auf die Fahnen schreiben. „An der Grenze“ sind viele Medien, wenn sie bei weiten Teilen der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit verlieren. Oder wenn Kollegen wegen Geldmangel und Auflagenschwund unter immer widrigeren Bedingungen arbeiten müssen. Über die Herausforderungen der Medienbranche wollen wir an den Konferenztagen diskutieren und freuen uns, wenn Sie daran teilhaben würden.

Mit über 800 Journalistinnen und Journalisten aller Mediengattungen und über 100 Einzelveranstaltungen ist die Jahreskonferenz von netzwerk recherche eines der führenden Branchentreffen im deutschsprachigen Raum. Über 200 Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland diskutieren auf unseren Podien, berichten in kleineren Runden über herausragende Recherchen und geben ihr Wissen in Workshops weiter. Inhaltliche Schwerpunkte der Jahreskonferenz waren außerdem Datenrecherche, Nonprofit-Journalismus, Presse- und Meinungsfreiheit, Lokalberichterstattung sowie Presse- und Auskunftsrechte.



2016 ermöglichte Hamburg Marketing den Referenten der Jahreskonferenz, die ausnahmslos ohne Honorar mitwirken, erstmals eine Hafensrundfahrt.

Internationalität

Die internationale Ausrichtung durch Referenten hat die Jahreskonferenz 2016 sehr bereichert. Aus den USA angereist waren beispielsweise Matt Apuzzo (New York Times) und Emilie Diaz-Struck (ICIJ), aus Island Johannes Kr. Kristjansson (Reykjavik Media), aus der Ukraine Dennis Bihus (Nashi Groshi), aus der Schweiz Sylke Gruhnwald (SRF) und aus Großbritannien Paul Myers (Journalismustrainer). Die Veröffentlichung der Panama Papers hat gezeigt, welche umfangreichen Recherchen durch internationale Teams möglich sind.

Online- und Datenjournalismus

TTIP Leaks, Panama Papers und andere Beispiele haben verdeutlicht, welche große Bedeutung Daten und welche Relevanz dem Datenjournalismus zukommt. Seit 2008 nehmen Panels mit Schwerpunkten Computer Assisted Reporting auf der Jahreskonferenz einen festen Platz ein. Auf der Jahreskonferenz 2016 lag der Fokus auf Datenanalysen, Onlinerecherchertools, Visualisierungstechniken, Verschlüsselung digitaler Kommunikation. So berichtete Emilia Diaz-Struck (ICIJ) über die internationale, datenbasierte Recherche zu den Panama Papers, Paul Myers (BBC) stellte „Facebook Secrets“ und „Investigative Search Tool“ vor und Matthew A. Apuzzo (NYT) erklärte den Umgang mit anonymen Informationen.



Emilia Diaz-Struck (ICIJ) über die internationale Zusammenarbeit rund um die Panama-Papers

Dokumentation der Konferenz

Im Rahmen der Jahreskonferenz erscheinen die **Tagungszeitung „nestbeschmutzer“** sowie vielfältige Onlineberichte. Studenten der Universität Hamburg geben im „nestbeschmutzer“ Hintergrundinformationen zu Themen, Panels und Referenten. Vor Ort proben Journalistenschüler der Deutschen Journalistenschule (DJS), Konrad Adenauer Stiftung/JONA und der Katholische Journalistenschule ifp den Alltag als Liveberichterstatte. 2016 versammelt der **#nr16 Live-Blog** insgesamt 155 Beiträge in Form von Interviews, kurzen Berichten, Fotos und eingebundenen Tweets.

- ▶ **Videomitschnitte:** 21 Sessions, die in den Räumen K1 und R3 stattfanden sind bei unserem Kooperationspartner abrufbar: spreerunde.de/nr16
- ▶ **fotografische Eindrücke** gibt die umfangreiche Galerie unter flic.kr/s/aHskG2rpX3
- ▶ die zwölfseitige **Konferenzzeitung „nestbeschmutzer“** kann eingesehen werden: nrch.de/nestbe16
- ▶ zum **#nr16 Live-Blog** gelangt man über nrch.de/nr16



Fotos: Raphael Hünerrfauth, Nick Jausi, Wulf Rohwedder, Franziska Senkel





Feedback zur Jahreskonferenz

Die Konferenz war wieder sehr anregend, bot neue Perspektiven und konkrete Hilfen für die Arbeit.

Es lohnt sich jedes Jahr wieder, der Themen, der Menschen, denen man begegnet, und der Atmosphäre wegen.

Jedes Jahr habe ich den Eindruck, dass die Konferenz wieder etwas hochkarätiger geworden ist.

Auch für diesmal gilt: Es ist die beste (ertragreichste) Journalismuskonferenz des deutschen Sprachraums, und dafür Dank und Lob an die (an den) Konferenzmacher.

Sehr interessant, sehr vielfältig, sehr intensiv: Absolut gelungene Veranstaltung! Schade nur, dass so viele spannende Panels parallel stattgefunden haben.

War nach etlichen Jahren mal wieder dabei und hatte erneut einen guten Eindruck. Habe mich über etliche junge Leute im Auditorium gefreut. Vielleicht sollte man deren Anliegen noch etwas stärker im Programm verankern.



Verschlossene Auster 2016 für Facebook

Der Negativpreis für den Informationsblockierer des Jahres

Die Verschlossene Auster wird seit 2002 jährlich im Rahmen der Jahreskonferenzen des netzwerks recherche in Hamburg an den Informationsblockierer des Jahres vergeben. 2016 geht der Negativpreis an Facebook. Die Journalistenorganisation würdigt damit den intransparenten Umgang des Unternehmens mit Hasskommentaren.

Hasskommentare haben in der politischen Debatte des vergangenen Jahres eine wichtige Rolle gespielt. „Dass Menschen Facebook für solche Botschaften missbrauchen, liegt nicht in der Verantwortung des Unternehmens. Wie die Firma dagegen vorgeht, allerdings schon“, heißt es in der Begründung von netzwerk recherche. „Es war und ist nicht erkennbar, wann, ob und nach welchen Kriterien Löschungen vorgenommen werden.“ Nachforschungen, auch von Journalisten dazu, liefen weitgehend ins Leere.

Eine Einladung des netzwerks recherche zur Jahreskonferenz in Hamburg und zu einer Gegenrede lehnte Facebook ab. Das Unternehmen widerspreche in einigen Punkten und könne „somit die ‚Verschlossene Auster‘ nicht annehmen“, schrieb Pressesprecherin Tina Kulow. Seit Herbst 2015 habe die Firma „eine Vielzahl an Maßnahmen im Kampf gegen Hasskommentare und Hetze ergriffen“. Facebook informiere darüber „permanent, offen und transparent“.



Der Laudator auf den diesjährigen Preisträger, der Datenschutzexperte Thilo Weichert, hielt dagegen: „Facebook denkt bisher ebenso wenig daran, Transparenz herzustellen, wie Fremdenhasser mit Counterspeech zur Menschlichkeit bekehrt werden konnten.“ Denn das Geschäftsmodell von Facebook basiere darauf, „dass unkontrolliert Meinungen verbreitet werden. Dabei werden Daten gesammelt und kommerziell verwertet. Transparenz und Kontrolle wären für dieses Geschäftsmodell Gift.“

Laudatio von Dr. Thilo Weichert

George Orwell schreibt in seinem Roman „1984“: „Der große Bruder sieht dich an“. Dieser macht mit Zwei-Minuten-Hass-Sendungen und Hasswochen Stimmung gegen einen unsichtbaren Feind. Seine Zwiesprache führt zu Zwiedenken: „Freiheit ist Sklaverei“, „Unwissenheit ist Stärke“.

Weshalb zitiere ich George Orwell, wenn das „Soziale Netzwerk“ Facebook als „Informationsblockierer des Jahres“ gewürdigt wird und die „Verschlossene Auster“ verliehen bekommt? netzwerk recherche wählte Facebook aus, weil die Internet-Plattform zum „Katalysator für den Hass“ geworden ist. Über Facebook wird gegen Flüchtlinge, PolitikerInnen, JournalistInnen, demokratisch

engagierte Menschen gehetzt und das Medium lässt dies geschehen. Zwar hat Facebook nach massivem medialem und politischem Druck zum Jahreswechsel 2015/2016 ein Löschteam der Firma Arvato mit angeblich 300 „Customer Care Agents“ beauftragt, rassistische, Gewalt verherrlichenden, diskriminierende und fremdenfeindliche Inhalte zu entfernen. Wie das geschieht und nach welchen Kriterien, blieb bis heute im Dunkeln. Facebook ist das bevorzugte Instrument für Hasspropaganda geblieben. Sheryl Sandberg, Geschäftsführerin von Facebook, predigt derweil: „Nur Liebe und Toleranz können gegen Hass helfen“. Sie ruft die Nutzenden zur „Counterspeech“ auf, womit ein Umdenken erreicht werden könne.

Meine Counterspeech richtet sich gegen Facebook. Das Netzwerk Recherche fordert das US-Unternehmen zu Recht auf, umzudenken und endlich Transparenz herzustellen. Daran denkt Facebook bisher ebenso wenig, wie Fremdenhasser durch Counterspeech zu Menschlichkeit bekehrt werden konnten.

Das Geschäftsmodell von Facebook basiert darauf, dass unkontrolliert Meinungen verbreitet werden. Dabei werden Daten gesammelt und kommerziell verwertet. Transparenz und Kontrolle wären für dieses Geschäftsmodell Gift.

Seit Jahren verweigert sich das Unternehmen der kritischen Öffentlichkeit. Facebook ist für diese wie für JournalistInnen kaum erreichbar. Um die Kontakte der Pressesprecherin zu finden, ist Recherchekompetenz nötig. Auch heute stellt sich Facebook, soweit ich gehört habe, nicht der Diskussion. Dieses Wegducken, verbunden mit der Verbreitung von Jubelmeldungen, hat System.

Im Jahr 2011 hinterfragten deutsche Datenschutzbehörden die Überwachung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern durch sog. Social Plug-Ins auf Fanpages und über „Gefällt-mir“-Buttons auf Webseiten. Bis heute verweigert Facebook erfolgreich die Auskunft hierüber. Inzwischen liegt ein Verfahren beim Europäischen Gerichtshof, der klären soll, wer für die Überwachungsmaßnahmen Facebooks verantwortlich ist und wie sich Betroffene hiergegen zur Wehr setzen können. In einem anderen Verfahren signalisierte der Europäische Gerichtshof auf eine Klage von Max Schrems hin, dass Facebooks klandestine Datenverarbeitung in den USA und dessen nicht minder klandestine Komplizenschaft mit dem Geheimdienst National Security Agency gegen europäische Grundrechte, gegen den Schutz von personenbezogenen Daten und freier Kommunikation, verstößt. An der Überwachungs-

VERSCHLOSSENE AUSTER

Die Verschlossene Auster ist der Negativpreis des Netzwerks Recherche. Die Auster wird seit 2002 jährlich im Rahmen der Jahreskonferenzen des Netzwerks Recherche in Hamburg an den Informationsblockierer des Jahres vergeben.

Preisträger der vergangenen Jahre:

- 2015** Heckler & Koch
- 2014** Automobilclub ADAC
- 2013** Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich
- 2012** Fédération Internationale de Football Association (FIFA) und ihren Präsidenten Sepp Blatter
- 2011** RWE, EnBW, Vattenfall und EON
- 2010** Deutsche Bischofskonferenz
- 2009** Bundesverband deutscher Banken (BdB)
- 2008** Internationales Olympisches Komitee
- 2007** Wladimir Putin, Russischer Präsident
- 2006:** Hartmut Mehdorn, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bahn AG
- 2005** Gerhard Mayer-Vorfelder, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB)
- 2004** Hypovereinsbank stellvertretend für fast alle DAX-Unternehmen, die Hörfunk- und TV-Journalisten an einer umfassenden Berichterstattung über ihre Hauptversammlungen hindern und damit die Freiheit der Presse in einem wesentlichen Punkt einschränken
- 2003** Aldi-Konzern
- 2002** Otto Schily, Bundesinnenminister

praxis des Unternehmens hat dies bis heute nichts geändert. Im Gegenteil: Facebook wertet anscheinend nicht nur die Metadaten der Nutzenden aus, sondern auch, unter Missachtung des Telekommunikationsgeheimnisses, die Inhalte der privaten Nachrichten.

Facebook hat zu ca. 1,6 Milliarden Nutzenden, etwa ein Siebtel der Weltbevölkerung, detaillierte Kenntnisse über Kommunikation und Lebensgewohnheiten. Bisher war keine kritische Öffentlichkeit, keine demokratische Instanz, kein Gericht und keine Behörde in der Lage, Licht in diese Aktivitäten zu bringen. Bekannt ist aber, dass Facebook im Jahr 2015 seinen Gewinn auf 1,5 Mrd. Dollar gegenüber dem Vorjahr verdreifacht hat.

Auch das deutsche Bundeskartellamt bezweifelt, dass dieser Gewinn rechtmäßig zustande kommt. Am 2. März dieses Jahres leitete es gegen den US-Konzern und seine Tochterfirmen in Irland und Deutschland ein Verfahren ein wegen des Verdachts, seine Marktmacht auszunutzen. Der Vorwurf: Facebook trägt Daten zusammen, ohne darüber hinreichend aufzuklären, wie und wofür die Daten erhoben werden. Es bestünden „erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit dieser Vorgehensweise“.

Facebook spioniert die Privatsphäre der Weltbevölkerung aus. Angesichts dessen ist es fast schon eine lustige Randnotiz, dass deren Chef Mark Zuckerberg – und das ist sein gutes Recht – alles tut, um Blicke in sein Privatleben zu verhindern, etwa wenn er auf seinem Laptop Kamera und Mikrofon abklebt oder wenn er rund um sein Wohnhaus Grundstücke aufkauft, um fremde Blick in sein Heim auszuschließen.

Derweil optimiert Facebook im Verborgenen seine Algorithmen, mit denen das Unternehmen Stimmungen einfängt und Stimmung macht. Es berechnet die Wahrscheinlichkeit, welche Information jemand sehen möchte, damit er diese kommentiert, anklickt und weitverbreitet, oder damit er zum Kauf animiert wird. In den von Facebook geschaffenen Filterblasen gedeihen Meinungen und Informationen – seien diese auch noch so menschenverachtend und gewaltverherrlichend.

So präzise Facebook dies beherrscht, so wenig will das Unternehmen das Aussieben krimineller Inhalte beherrschen. Facebook zeigt sich zwar rigoros bei nackter Haut, ist aber lax bei Gewaltdarstellungen und Hasspropaganda. Damit verletzt Facebook die Werte unserer mitteleuropäischen Kultur und unsere Gesetze. Diese Gesetze gelten nicht nur für europäische Unternehmen, sondern auch für globale Konzerne wie Facebook, wenn sie auf unseren Märkten Geld verdienen.

Es wird behauptet, Facebook dürfe nicht zur Zensurstelle werden. Es trifft zu, dass Informations- und Meinungsfreiheit die Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens sind. Richtig ist aber auch, dass auch private Unternehmen diese Grundrechte beachten müssen. Die Forderung, dass Facebook illegale Inhalte löscht, hat nichts mit politischer Zensur zu tun, wenn die Selektions- und Löschprozesse öffentlich und demokratisch kontrolliert wären. Dies verweigert Facebook. Und die Politik sieht keinen Grund, insofern gesetzlich Transparenz und Informationsfreiheit herzustellen.

Wir befinden uns in einem Entmündigungsprozess durch Unternehmen wie Facebook, der noch längst nicht am Ende ist. Facebook dringt mit seiner Datenanalyse tief in die Psyche seiner Mitglieder ein. Selbst vor Experimenten mit diesen schreckt das Unternehmen nicht zurück. Zuckerberg schwärmt davon, wie seine „künstliche Intelligenz“ schon heute seine neugeborene Tochter zu überwachen in der Lage ist. Facebooks Geschäftspolitik zielt aber auch auf die Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens. Ehemalige Mitarbeiter berichten, dass Facebook mindestens über anderthalb Jahr hinweg Einfluss auf die Verbreitung von Artikeln und Nachrichten im Netzwerk genommen haben soll. Die MitarbeiterInnen, die für Facebook Inhalte löschen, dürfen von JournalistInnen nicht befragt werden. Eine unabhängige Überprüfung findet nicht statt.



Dr. Thilo Weichert Jurist und Datenschutzbeauftragter Schleswig-Holsteins 2004-15

Die Antwort der Politik auf die Intransparenz ist jämmerlich: Als Datenschutzbehörden 2011 Facebook wegen Rechtsverstößen anprangerten, nahm der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich das Unternehmen in Schutz. Facebooks Europavertreter Richard Allen hatte in Aussicht gestellt, eine Datenschutz-Selbstverpflichtung zu erarbeiten. Passiert ist nichts. Bundeskanzlerin Merkel macht auf einer eigenen Fanpage für sich und den Konzern Werbung. Nachdem Facebooks Datenübermittlungen in die USA mittels Safe Harbor vom Europäischen Gerichtshof gestoppt wurden, legalisiert die EU-Kommission jetzt diese illegale Praxis mit einem sog. Privacy Shield.

Bei George Orwell hatte es „Big Brother“ am Ende geschafft, von der ursprünglich rebellierenden Hauptperson Winston Smith geliebt zu werden. Big Brother war mit seinen Liebes- und Hassbekundungen und mit seiner Menschenkontrolle erfolgreich.

Wir leben in einer Demokratie und einem Rechtsstaat. Facebook muss sich, so versprechen es zumindest unser Grundgesetz und unsere Europäische Grundrechtecharta, an unsere von Parlamenten beschlossenen Gesetze halten. Diese sehen vor, dass, wenn Grundrechtsverletzungen stattfinden – seien dies Datenschutzverstöße oder die Verbreitung von Hassbotschaften – die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Hierfür müssen wir wissen, was die Verantwortlichen tun. Erst recht ist Transparenz geboten, wenn Unternehmen ihre ökonomische Macht gesellschaftlich und politisch ausspielen. Facebook ist nicht „sozial“, dann wäre es offen und transparent, es ist unsozial. Vielleicht erkennt das Unternehmen, dass Offenheit letztlich eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber den eigenen Kunden sein kann.

Herzlichen Glückwunsch, Facebook, zur Verleihung der „Verschlossenen Auster“.

Antwort von Facebook

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 01. Juli 2016 (Information über Verleihung und Einladung von nr an facebook, Anmerkung nr). Wobei vielen Dank vielleicht schon falsch ist, denn über die „Verschlossene Auster“ freuen wir uns logischerweise nicht. Obwohl wir mit Ihnen sicherlich in wichtigen Punkten übereinstimmen würden, müssen wir bei anderen höflich aber deutlich widersprechen und können somit die „Verschlossene Auster“ nicht annehmen.

Wir stimmen mit Ihnen überein und verstehen nur zu gut, wie sehr das Thema Hassrede gerade in Deutschland die Gemüter erregt – uns regt es auf. Und wir halten dagegen. Und noch wichtiger: Wir helfen den vielen Menschen und Organisationen, die jeden Tag ebenfalls dagegen halten. Uns als soziale Plattform kommt eine besondere Verantwortung zu, die wir annehmen müssen und wollen. Wie wir damit am besten umgehen, ist ein Lernprozess, der nach wie vor nicht abgeschlossen ist. Seit Herbst 2015 haben wir eine Vielzahl an Maßnahmen im Kampf gegen Hasskommentare und Hetze ergriffen, wie etwa eine enge Partnerschaft mit der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM), die Weiterentwicklung unserer Richtlinien zur Prüfung von Inhalten sowie die Gründung der Initiative für Zivilcourage Online (OCCI) mit renommierten Partnern. Über all das informieren wir permanent, offen und transparent und werden dies auch in Zukunft tun. Deshalb sind wir stolz auf die Arbeit, die wir in den vergangenen Monaten geleistet haben.



Insofern erlauben Sie mir, dass ich Ihnen widerspreche. Unsere Pressestelle ist für jeden zu erreichen, fast jederzeit. Als soziales Netzwerk, das global genutzt wird, ist das Themenspektrum, das wir tagtäglich bearbeiten, enorm. Das bedeutet auch, dass wir in Deutschland tagtäglich mit einer Vielzahl an Journalisten in Kontakt stehen. Anfragen erreichen uns stündlich. Und wir versprechen: Jede Anfrage wird umgehend beantwortet.

Außerdem schätzen wir den Dialog mit JournalistInnen und viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen schätzen den Dialog mit uns. Den Vorwurf, es gäbe keinen „Internetauftritt“ – am besten mit Foto von mir mit Telefonhörer – werde ich nicht weiter kommentieren. Er lenkt zu sehr von der zu führenden Debatte und der drängenden Frage ab: Wie gehen wir mit dem Hass um – offline? Online? Auf Facebook? Diese Debatte führen wir – jederzeit.

Bedauerlicherweise wird es uns nicht möglich sein, an der Verleihung teilzunehmen. Sollten Sie jedoch zu unserer Arbeit weitere Fragen haben, können Sie mich gerne kontaktieren, telefonisch, per eMail, via Facebook oder per Messenger. Wir sind für Sie erreichbar!

Tina Kulow, Director Corporate Communications Facebook

Leuchtturm 2016 für Can Dündar

Auszeichnung für besondere publizistische Leistungen –
der Medienpreis des netzwerk recherche

Wenn wir in Deutschland von Pressefreiheit reden, dann reden wir über eine Selbstverständlichkeit. Für unsere Kollegen in der Türkei dagegen ist Pressefreiheit eine Hoffnung.

Es gibt nur noch wenige Journalisten in der Türkei, die es wagen, das zu berichten, was sie für geboten halten. Zu groß sind die Repressionen durch den Staat. Die Kollegen der Tageszeitung Cumhuriyet sind eine solche Ausnahme. Sie schreiben, was nicht in Ordnung ist im Staate des Präsidenten Erdogan.

Can Dündar, der Chefredakteur, muss womöglich einen hohen Preis dafür bezahlen. Ein Gericht in Istanbul hat ihn und den Hauptstadtkorrespondenten Erdem Gül zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Zeitung hatte über geheime Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes an Islamisten in Syrien berichtet. Das wertete die türkische Justiz als Geheimnisverrat. Knapp sechs Jahre soll Dündar ins Gefängnis, Gül für fünf Jahre. Vor dem Gerichtsgebäude überlebte Can Dündar nur knapp einen Anschlag.

Cumhuriyet lässt sich nicht mundtot machen. Gerade eben hat sie auf Grundlage der Panama Papers berichtet: In diesen Unterlagen tauchen türkische Geschäftsleute auf, darunter auch solche, die Präsident Erdogan nahestehen. Es dauerte nicht lange, da klingelte das Telefon, einer dieser Geschäftsleute war wohl dran. Und wenn sich in der Türkei ein Erdogan-Nahestehender beschwert, dann klingt das so: „Ich werde euch bekämpfen. (...) Ihr Hurensöhne, macht keinen Killer aus mir.“

Das netzwerk recherche zeichnet Can Dündar, stellvertretend für seine Redaktion, mit dem „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ aus. Der Mut und die Standhaftigkeit des Chefredakteurs und seiner Kollegen verdienen größte Anerkennung. Can Dündar trotz der politischen Repression, er hat keine Angst vor dem Gefängnis. Unter schwierigsten Umständen kämpft er für die Pressefreiheit.

Drei Monate saß Can Dündar bereits in Untersuchungshaft. Erst dann erklärte das türkische Verfassungsgericht seine Haft für rechtswidrig und ordnete seine Freilassung an. Noch ist das Urteil gegen ihn nicht rechtskräftig, noch ist er in Freiheit. Und so ist es möglich, dass er zu uns kommt.

LEUCHTTURM

Seit 2002 vergibt netzwerk recherche einmal pro Jahr den Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen. Er zeichnet außergewöhnliche Recherchen aus, die für den öffentlichen Diskurs von großer Bedeutung sind. Ausgezeichnet werden besonders Beiträge, die sich mit bislang unbeachteten Themen befassen.

Preisträger der vergangenen Jahre:

- 2015** Ulrich Chaussy
- 2014** Bastian Obermayer & Uwe Ritzer
- 2013** Michael Obert & Moises Saman; Sonderpreis an Jochen Wagner
- 2012** René Wappler (Spremlinger Rundschau) und Wolfgang Kaes (Bonner General-Anzeiger)
- 2011** Frankfurter Allgemeine Zeitung / Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
- 2010** Dr. Heiner Geißler, Dr. Andreas Zielcke (Süddeutsche Zeitung) & Arno Luik (stern)
- 2009** Reporterpool von NDR
- 2008** Peter Merseburger
- 2007** Andrea Röpke, Anton Maegerle & Thomas Kuban
- 2006:** Hajo Seppelt und das Team der Radiosendung „Hintergrund Politik“
- 2005** Ingolf Gritschneider & Georg Wellmann
- 2004** Dr. Volker Lilienthal vom Evangelischen Pressedienst (epd)
- 2003** Jürgen Dahlkamp
- 2002** Christoph Lütgert & Siri Nyrop



Laudator Martin Schulz übergibt die Leuchtturmurkunde an Can Dündar.

Laudatio von Martin Schulz

Verehrter Herr Preisträger des diesjährigen Leuchtturms,
 lieber Can Dündar,
 sehr geehrter Herr Ministerpräsident Scholz, lieber Olaf
 verehrter Herr Lutz Marmor,
 sehr geehrte Damen und Herren,

Can Dündar ist ein mutiger und ein charismatischer Mann. Ein Mensch, der für seine Überzeugungen eintritt und der dafür einen hohen Preis zahlen musste. Jemand, der wegen seines Rückgrats bedroht, fast ermordet und schließlich ins Gefängnis gesperrt wurde.

Herr Dündar, angesichts der Gefahr, der Sie ausgesetzt waren, sind wir umso glücklicher, dass Sie heute hier in Hamburg bei uns sein können, um diesen Preis entgegen zu nehmen.

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie vor fast 25 Jahren prognostiziert worden ist, dass wir das Ende der Geschichte erreicht hätten: Ein goldenes Zeitalter der Demokratie, der Liberalität und der Grundrechte würde nun anbrechen hieß es damals von Francis Fukuyama und totalitäre Tendenzen wären historisch erledigt. So hieß es.

Selten ist eine Prognose schneller Lügen gestraft worden: Denn auf unserem europäischen Kontinent gibt es eine Rückkehr zum neuen Autoritarismus und er findet neue Anhänger.

- ▶ Grenzen sind in Europa wieder gewaltsam verschoben worden.
- ▶ Eine ganze Weltreligion wird unter Generalverdacht gestellt.

- ▶ Medienvertreter und Künstler sind Verdächtigungen und schlimmen Drohungen ausgesetzt und
- ▶ es gibt eine stärker werdende Bewegung, die am liebsten gleich die ganze EU abwickeln will.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, aber sie ist keine zufällige Sammlung von Punkten, sondern das Genannte steht in einem inneren Zusammenhang. Während noch bis vor ein paar Jahren viele Radikale und Populisten sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen konnten, haben sie ihn nun gefunden. Der Feind steht für die Apologeten der Spaltung fest: Es ist Europa!

Europa, als Modell für eine im Inneren liberale und tolerante Gesellschaft, die Vielfalt zu ihrem Wesenskern macht.

Europa, das in seinen Außenbeziehungen auf Dialog und präventive Konfliktvermeidung setzt.

Das Konzept Europas, das wir als Lehre aus der schlimmen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt haben, basiert auf dem Schutz der Grundrechte und niemand kann Mitglied in dieser Union werden, ohne es vollumfänglich zu akzeptieren. Aber mehr noch: Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte existiert eine universelle und globale Werteordnung, die es uns erlaubt, Kritik an den inneren Zuständen in anderen Ländern zu üben, ohne dass dies eine unerlaubte Einmischung ist.

Dieses Konzept, das uns zumindest auf unserem Kontinent über Jahrzehnte den Frieden möglich und unsere Gesellschaften sicher und wohlhabend gemacht hat, wird nun immer mehr in Frage gestellt. Das erlebe ich im Europaparlament, wo um die hundert Abgeordnete tagtäglich versuchen, ihren Hass zu sähen und das europäische Modell lächerlich zu machen. Aber auch in immer mehr Regierungszentralen auf unserem Kontinent gibt es den Wunsch, die eigene Nation wieder in den Mittelpunkt zu rücken und dabei das Streben nach gemeinsamen Lösungen zu vernachlässigen. Wir erleben das bei dem Widerwillen gegen eine gemeinsame Migrationspolitik, bei der Terrorabwehr und der Bekämpfung der Steuerflucht.

Die Wiederentdeckung des Nationalismus – der im Gegensatz zum Patriotismus andere Nationen herabwürdigt – geht meist einher mit der Forderung oder der tatsächlichen Beschneidung von Grundrechten. Die illiberalen Tendenzen sind ein globales Phänomen und wir finden es im Denken von Donald Trump genauso wie von Vladimir Putin oder Recep Erdogan. Und neben dem beschriebenen Hass auf das europäische Modell, das – als wäre dies etwas Schlimmes! – als feminin, ökologisch und homosexuell denunziert wird, zielen die Angriffe vielfach auf Journalisten.

Journalisten sind die ersten, die attackiert werden und diese Angriffe sind vielfach erst die Fanfare, um den Umbau der Gesellschaft in Richtung Autoritarismus einzuleiten, bei dem dann das Justizsystem, Parlamente, der Kulturbetrieb und anderes unter die Knute kommen.

In der Türkei wurde nicht nur Can Dündar mit seinem Kollegen Erdem Gül verhaftet, sondern die Medien insgesamt wurden drangsaliert und Abgeordnete im In- und Ausland geraten genauso wie Künstler zunehmend unter Druck.

In der Türkei sind immer noch viele Journalisten unter Arrest oder sie werden mit abenteuerlichen Begründungen angeklagt. Stellvertretend will ich heute nur Erol Önderoglu nennen, der als Vertreter von Reporter ohne Grenzen aktiv für die Freilassung von Can Dündar gekämpft hat. Ich appelliere eindringlich an die Zuständigen in der Türkei, endlich damit aufzuhören, Journalisten zu verfolgen und zu bedrohen.

Die Pressefreiheit ist eines der vornehmsten Grundrechte und wer die Axt daran anlegt, der trifft nicht nur die Presse, sondern er räumt gleich die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und Pluralität ab.

Aber so, wie wir mit aller Schärfe die Angriffe auf Journalisten und Medien durch Regierungen zurückweisen müssen, ist doch mindestens ebenso bedrohlich, wenn vermeintlich einfache Bürger mit wutverzerrtem Gesicht über die angebliche Lügenpresse schimpfen und entsprechende Plakate bei Demonstrationen schwenken. Diese sogenannten Wutbürger verletzen eklatant die Spielregeln und das darf man ihnen nicht durchgehen lassen. Denn: Jeder Angriff auf einen Journalisten oder auf Medien ist ein Angriff auf die Gesellschaft als Ganzes und deshalb darf das niemals akzeptiert werden.

Dabei geht es selbstverständlich nicht darum, Kritik am politischen System, an der EU oder an bestimmten politischen Entscheidungen zu verhindern – im Gegenteil: Dass Medien frei arbeiten können und Journalisten keine Sorgen um ihr Wohlergehen haben müssen, ist grundlegende Bedingung der Demokratie!

Deshalb wäre ich froh, wenn aus Anlass der heutigen Preisverleihung ein Moment des Innehaltens folgen würde. Wenn wir wieder einen Konsens herstellen könnten und den Umgang miteinander erneut zivilisieren würden. Denn auch die verbale Gewalt im Netz, in den Diskussionsforen und den sogenannten sozialen Netzwerken führt immer mehr zu einer Entgrenzung der Gewalt aus den Netzen hinaus. Aber es darf eben keine rechtsfreien Räume oder No-Go-Areas geben.

Can Dündar ist ein Vorbild. Ein „Leuchtturm für besondere publizistische Leistung“ und mit ihm wird zu Recht die gesamte Redaktion der Cumhuriyet ausgezeichnet. Das ist gut so und diese Auszeichnung ist eine klare Botschaft aus der Pressestadt Hamburg an die Regierungszentrale in Ankara. Ich hoffe, diese Botschaft wird verstanden.

Herr Dündar, ich gratuliere Ihnen zu dem heutigen Preis und wünsche Ihnen persönlich und Ihrer Redaktion alles erdenklich Gute.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.



Dankesrede von Can Dündar

Ladies and gentlemen,

I sincerely thank Mr. President, Martin Schulz for his kind speech treasured with a strong sense of solidarity that I must say I am very honored to receive. I also extend my many thanks to my German colleagues for awarding me such a prestigious prize.

I came here from a country known as one of the world's biggest prisons for journalists. We have 35 journalists behind bars today; many others are waiting for their turn. I was one of them 6 months ago; a prisoner of thought whose only crime was telling the truth to his readers...

If you're a journalist in Turkey, you dig your grave with your pen, with every honest word you write... Every sentence you frame, every document you bring to light, every lie you expose gets you closer to imprisonment or even death.

My paper lost 5 of its finest writers in horrible attacks in the last 30 years. But we did not give up the fight to carry on their legacy and the tradition of bravery in the face of oppression. Being a journalist is more dangerous than ever nowadays, but, more prestigious than ever as well...

Because, in the lack of a strong opposition, organized civil society, and influential, impartial institutions, media is one of the rare tools to safeguard the truth against lies, press freedom against censorship, and a democratic society against Islamofachism.

Yesterday at the boat trip, a journalism student asked me about the risks of being a journalist in Turkey. Revealing the truth may put you in prison there... But at the same time it may bring you to Hamburg, to get Leuchtturm Award, from investigative journalists here, who care for the suffering of their colleagues in every corner of the world.

Taking the risk of telling the truth, especially if your efforts are being suppressed, echoes one's voice to all, by making you a part of a big family of journalists with a burning ambition to fight against the oppression in the name of democracy.

In prison, I felt the strong presence of the family of writers from Cervantes to Zweig from Dostoyevsky to Nazım Hikmet who were exiled, punished, imprisoned, because of their beliefs, their writings... But in the end, humanity remembers their names, not those of their judges' or prosecutors'.

And today, I feel the solidarity of a family of journalists, from Netzwerk Recherche to Reporters Without Borders, who are ready to support the freedom of press and expression everywhere in the World.



Leuchtturmpreisträger 2016: Can Dündar.

If we do not want a World governed by Le Pen, Farage, Putin, Erdoğan, Trump, a World, threatened by raising nationalism and racism, we have to get together, support each other's struggle, and coordinate our efforts to be stronger against repressive governments.

We need to find new ways to give voice to those stripped of one, to communicate with each other, to overcome censorship. We should follow-up with censored stories and shed a brighter light on them.

We need exchange programmes between journalism schools to sow the seeds of much needed transnational solidarity in the profession, we should print articles from imprisoned journalists and refuse to leave them alone.

International solidarity is a priceless protection, for a journalist under attack by his or her government.

As Mr Schulz said this award is a message to the government of Ankara:

„Do not count on the German government's backing against the core values of democracy. We're here to defend the freedom of press...“

And it's a message to all freedom fighters in Turkey:

„You're not alone...“

Thank you for giving us that sense of solidarity.

Thanks for your enduring support, from now on, we'll be digging with our words, not our graves, but a tunnel to take us out of the World's biggest prison, to a free future...



Foto: Raphael Hünerfauth

Fachkonferenz „Im Visier der Meute“

Journalistische Recherche zwischen Fairness und Exzess

Die Meute lauert immer, und sie findet sich ein zur gemeinsamen Jagd, wenn sie ein Opfer wittert und ein Geschäft. Das Geschäft sind Schlagzeilen und Einschaltquoten, das Opfer kann ein Prominenter sein, der sich angeblich etwas zu Schulden hat kommen lassen oder Schlimmes erlebt hat. Opfer können auch Menschen sein, die noch nie in der Öffentlichkeit standen, die aber ein Unglück oder ein Verbrechen interessant macht. „Im Visier der Meute. Journalistische Recherche zwischen Fairness und Exzess“: So lautete der Titel der Fachtagung, die vom 11. bis 13. März in der Politischen Akademie in Tutzing stattfand. Es waren drei Tage der kritischen und differenzierten Selbstreflexion. Eine Bühne sollten jene haben, die unter den Exzessen der Branche gelitten haben.

Nach einer theoretischen Einordnung durch Steffen Burkhardt von der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg berichteten Prominente oder deren Vertreter: Die ehemalige Zeit-Journalistin Susanne Gaschke geriet als Oberbürgermeisterin von Kiel in einen Strudel aus Vorwürfen und politischen Machtkämpfen, in dem sie, begleitet von journalistischem Getöse, ihr Amt verlor. Gernot Lehr, Rechtsanwalt des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, erzählte von den Auswüchsen der Jagd auf seinen Mandanten, in der Kleinigkeiten für Schlagzeilen taugten. Sabine Kehm, Managerin von Michael Schumacher, erzählte, wie sie und die Familie Schumacher bis heute versuchen, die Persönlichkeitsrechte des früheren Formel-1-Piloten zu schützen, und wie manche Journalisten versuchen, eine Lücke in dieser Schutzmauer zu finden. Peer Steinbrück las im Gespräch mit dem Berliner Büroleiter der SZ, Nico Fried, der Branche die Leviten. Einer Branche, der während seiner Kanzlerkandidatur zu oft die Maßstäbe verrutscht sind.

Während Prominente den Umgang mit Medien zumindest gewohnt sind, treffen andere Menschen meist unvorbereitet auf die „Meute“. Sie hinterließ zum Beispiel in Winnenden nach dem Amoklauf und in Haltern am See nach dem Absturz der Germanwings-Maschine ihre Spur.

Gisela Mayer (Mutter einer ermordeten Lehrerin), Frank Nipkau (Chefredakteur der Zeitungsgruppe Waiblingen), Sven Kubick (Schulleiter in Winnenden), die Journalistin Petra Tabeling vom Dart-Center und Mika Baumeister (Schüler am Gymnasium in Haltern) berichteten eindrücklich von jenen Tagen, in denen ihr altes Leben endete und sie plötzlich Journalisten gegenüberstan-



Mika Baumeister, ehem. Schüler des Josef-König-Gymnasiums in Haltern.

den, die keine Grenzen mehr kannten, die zusätzlichen psychischen Schaden anrichteten. Petra Schwegler und ihr Sohn Moritz, der kurz vor der Tagung das Zugunglück von Bad Aibling überlebt hatte, diskutierten mit Rudolf Bögel, Chefredakteur der Münchner Boulevardzeitung tz, über die gefühlten Leser-Wünsche nach spektakulären Unglücken.

Auch die Flüchtlinge, die 2015/16 in großer Zahl nach Deutschland kamen, standen oft Journalisten gegenüber, wobei keine Seite auf das Zusammentreffen vorbereitet war. Über die notwendige Sensibilität im Kontakt mit Flüchtlinge, die oft Traumatisierendes hinter sich haben, sprachen die NDR-Reporterin Alena Jabarine und Jürgen Soyer, Geschäftsführer des Münchner Behandlungszentrums Refugio.

Bernd Kastner für das Organisationsteam



v.l.n.r.: Nico Fried (SZ), Peer Steinbrück (MdB, SPD) und Michael Schröder (APB Tutzing)

Fotos: Franziska Senkel

Dokumentation der Konferenz

- ▶ Der **Live-Blog** enthält 96 Foto- und Videobeiträge sowie ausgewählte Twitterbeiträge – er kann hier abgerufen werden: nrch.de/meute16
- ▶ Im nr-youtube Kanal „Im Visier der Meute“ sind die auf der Konferenz entstandenen **Kurzinterviews und der Mitschnitt** des Gesprächs zwischen Peer Steinbrück und Nico Fried gesammelt. Die Interviews führten wir mit den Referenten Michael Schröder, Steffen Burkhardt, Susanne Gaschke, Julia Stein, Sabine Kehm, Gernot Lehr, Mika Baumeister, Moritz und Petra Schwegler, Peer Steinbrück, Jürgen Soyer und Petra Tabeling. Zum Video-Kanal: nrch.de/meutevideos

Non-Profit-Journalismus

Der Verein hat im Jahr 2016 seine Arbeit zur Stärkung des gemeinnützigen Journalismus in Deutschland ausgebaut. Unterstützt wurde er dabei von der Schöpflin Stiftung, der GLS Treuhand und der Freien und Hansestadt Hamburg.

Der Tag des Non-Profit-Journalismus am 28.10.2016 in Berlin hat rund 100 Journalisten, Stiftungsvertreter, Startup-Förderer und Experten für Gemeinnützigkeit und Soziales Unternehmertum für einen Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung zusammengebracht. Die Fachkonferenz wurde mit einer Keynote-Rede von Monika Bäuerlein, CEO des gemeinnützigen US-Magazins Mother Jones, eröffnet und kombinierte Praxis-Workshops und Podiumsdiskussionen.



Monika Bäuerlein (CEO Mother Jones): „In den nächsten Jahren wird es eine Blüte des Non-Profit-Journalismus geben.“

Dokumentation der Konferenz

Im Rahmen der Fachkonferenz zum Non-Profit-Journalismus sind **Kurzinterviews** mit Monika Bäuerlein (Mother Jones, USA), Florian Skrabal (dossier.at, Österreich) und Alexander Sänglerlaub (Kater Demos, Deutschland) entstanden. Folgende Vorträge und Panels finden sich als **Videomitschnitte oder Audioaufzeichnungen** auf der nr-Homepage unter nrch.de/nonprofit16doku

- ▶ Monika Bäuerlein: „Wie der gemeinnützige Journalismus die Demokratie belebt“
- ▶ Thorsten Jahnke: „Wie gründe ich ein gemeinnütziges Unternehmen?“
- ▶ Stephanie Reuter: „Dos und Don'ts: Was man über die Stiftungsfinanzierung wissen sollte“
- ▶ Peter Fischer: „Im Labyrinth des Steuerrechts: Wie überzeuge ich das Finanzamt?“
- ▶ „Abenteuer Gründung: Wie verrückt muss man sein?“ Diskussion mit Maren Urner, Florian Skrabal, Alexander Sänglerlaub, Josef-Otto Freudenreich
- ▶ „Rettungsanker Non-Profit?“ Diskussion mit Tabea Grzeszyk, Volker Lilienthal, Jens Rehländer, Pauline Tillmann.
- ▶ „Mother Jones und der Kickass-Journalismus“ Gespräch mit Monika Bäuerlein und Günter Bartsch
- ▶ „Best Practice: Cross-Border-Recherchen.“ Gespräch mit Christoph Behrens, Philipp Hummel und Tanja van Bergen
- ▶ „Best Practice: Investigative Recherche“ Gespräch mit Daniel Drepper, Wolfgang Messner, Jenny Marrenbach und Christina Elmer



Grow-Stipendien

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden erstmals die Grow-Stipendien für Gründer im gemeinnützigen Journalismus vergeben. Sechs Kandidaten präsentierten ihre Ideen bei einem Pitch, drei Projekte wurden von einer Jury ausgewählt. Die drei ausgelobten Stipendien umfassen eine Anschubfinanzierung in Höhe von jeweils 2.000 Euro ebenso wie Beratung und Vernetzung.

- ▶ Ein Stipendium ging an Moritz Damm und Helmut Pflanzter von Einfach Heidelberg. Sie bauen ein Online-Nachrichten-Portal in leichter Sprache auf, das von einem inklusiven Redaktionsteam erarbeitet wird und sich der Lokalberichterstattung widmet. (www.einfach-heidelberg.de/)
- ▶ Mit einem weiteren Stipendium wurde das Projekt Newscomer (Arbeitstitel: Refugee Reporter) von Jessica Schober ausgezeichnet. Die Münchner Journalistin und ihr Team wollen mit einem Mentoringprogramm und Schreibwerkstätten Kontakte zwischen Lokaljournalisten und geflüchteten Journalisten ermöglichen (newscomer.de/).
- ▶ Das dritte Grow-Stipendium erhielt Arne Semsrott von der Open Knowledge Foundation, der das Portal FragDenStaat (fragdenstaat.de/) mit neuen Recherche-Funktionen zu FragDenStaatPLUS weiterentwickeln möchte, um die Informationsfreiheitsrechte zu stärken.



Der Jury der Grow-Stipendien gehörten an: Tabea Grzeszyk (Gründerin Host-writer), Dr. Christian Humborg (Geschäftsführer des Recherchezentrums Correctiv, heute Wikimedia), Prof. Dr. Volker Lilienthal (Universität Hamburg, Rudolf-Augstein-Stiftungsprofessur), Marc Winkelmann (Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins enorm), Dr. Maren Urner (Gründerin Perspective Daily), Julia Stein (1. Vorsitzende netzwerk recherche), Tim Göbel (Geschäftsführender Vorstand Schöpfung-Stiftung) und Thomas Schnedler (Referent für Non-Profit-Journalismus, netzwerk recherche).

Thomas Schnedler

Stammtische

Die Stammtische des netzwerk recherche bieten Mitgliedern und Interessierten die Möglichkeit, in angenehmer Atmosphäre aktuelle Fragen des Journalismus zu diskutieren. Die Berliner Stammtische wurden von Christoph Nitz und Johannes Altmeyer organisiert. Die Räumlichkeiten stellte Correctiv zur Verfügung.

- ▶ Bascha Mika, Chefredakteurin der „Frankfurter Rundschau“ (24. Februar)
- ▶ Nikolaus Huss (Sprecher der Initiative Open Web Index) und Albrecht Ude (Journalist) stellten die Initiative „Open Web Index“ (OWI) vor (21. März)
- ▶ Hans-Martin Tillack zu den intensiven Recherchen bezüglich der Arbeitsbedingungen bei einem Subunternehmen der Drogeriekette Rossmann (4. Mai)
- ▶ Mark Lee Hunter, Gründungsmitglied des Global Investigative Journalism Network, über Investigativen Journalismus: neue Akteure und neue Geschäftsmodelle (18. Mai)
- ▶ Die Keylogger-Affäre in der „taz“: Martin Kaul und Sebastian Erb sprachen über ihre Erfahrungen rund um die Affäre und wie der Fall das Redaktionsklima in der taz veränderte (20. Juli)
- ▶ Horand Knaup über politische Berichterstattung (28. September)
- ▶ Silke Burmester – die „Queen der Kolumnen“ (26. Oktober)
- ▶ Julian Heissler zu Internet-Recherche (30. November)

Aktuelle und vergangene Termine können unter folgenden Link eingesehen werden: netzwerkrecherche.org/termine/stammtische/

Newsletter

Jeden Monat informiert der Newsletter von netzwerk recherche über aktuelle Ereignisse und Ergebnisse im Journalismus: Veranstaltungen, Nachrichten, Seminare, Stipendien und Preise mit Recherchebezug sowie der monatliche Pressespiegel. Redaktionell betreuten den Newsletter im Jahr 2016 Matthias K. Funk, Beate Koma, Ulrich Kammerer, Thomas Mrazek, die Textredaktion liegt bei Susanne Tofern. Seit der ersten Ausgabe am 23.04.2003 entsteht der Newsletter ehrenamtlich unter Leitung von Albrecht Ude. Der Newsletter erreicht derzeit mehr als 7.000 Empfänger.



Der aktuelle und vergangene Newsletter können unter folgenden Link eingesehen werden: nrch.de/nnrlesen

Der Newsletter kann hier bestellt werden: nrch.de/nnrbestellen

Pressefreiheit

Aktivitäten für Pressefreiheit und Datensicherheit

Tag der Pressefreiheit

Zum Tag der Pressefreiheit, am 3. Mai, positionierte sich netzwerk recherche, vertreten durch Ajmone Kuqi, am Runden Tisch des Auswärtigen Amts. Unter dem Titel „Freedom of the Press – Working conditions for Journalists“ diskutierten internationale Teilnehmer die Lage der Pressefreiheit im Jahr 2016. Markus Grill (netzwerk recherche) war im rbb kulturradio im Gespräch zum Thema „Welchen Stellenwert hat die Presse heute?“.

Protest-Geburtstagsfeier für die Investigativjournalistin Khadija Ismajilowa

Nach eineinhalb Jahren Haft wurde Ismajilowa aus der Haft entlassen. Vor der Botschaft der Republik Aserbaidschan forderten Reporter ohne Grenzen und netzwerk recherche die vollständige Rehabilitierung der Journalistin. Ihr einziges Vergehen war, dass sie mutig und beharrlich über Korruption und Vetternwirtschaft in höchsten Regierungskreisen recherchiert hat.



Aktion gegen das neue BND-Gesetz

netzwerk recherche unterstützt Protest und Mahnwache am 20. Oktober 2016 gegen das neue BND-Gesetz. netzwerk recherche rief gemeinsam mit zahlreichen Bürgerrechts- und Datenschutzverbänden und Einzelpersonen zur Unterzeichnung einer Petition gegen das neue BND-Gesetz auf. Mehr als 20.000 Menschen unterstützen die Petitionen der Netzaktivistin Katharina Nocun, von Amnesty International und Reporter ohne Grenzen. Im Rahmen einer Protestaktion wurde diese Petitionen dem Bundestag zugestellt. Das geplante Gesetz ermöglicht dem BND

die massenhafte Überwachung elektronischer Kommunikation im Ausland. Vage Kriterien erlauben dem Geheimdienst nahezu ungehinderten Zugriff auf die Telekommunikation. Drei UN-Sonderberichterstatter, zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Verfassungsrechtler kritisieren den Gesetzentwurf.

Ausspähung durch Browser-Add-ons

Die Journalistenvereinigung netzwerk recherche warnt Journalisten weltweit vor der akuten Gefahr einer Ausspähung durch Browser-Add-ons wie „Web of Trust“: nrch.de/addons

Recherchestipendien 2016

Auch im Jahre 2016 hat netzwerk recherche wieder eine Reihe von journalistischen Vorhaben durch Stipendien gefördert. Dank der gemeinnützigen Olin gGmbH, mit der nr nun schon im zweiten Jahr erfolgreich zusammenarbeitet, konnten Projekt aus dem Umwelt- und Ökologiebereich mit bis zu 5.000 € unterstützt werden. Erstmals gab es auch eine gemeinsame Förderung mit der Karl-Gerold-Stiftung, die vor allem jungen Journalistinnen und Journalisten mit Reise-Stipendien unter die Arme greift. Die Kooperation mit anderen Geldgebern wie Olin und Karl-Gerold-Stiftung soll fortgesetzt und nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Marius Münstermann und Christian Werner: „Marinduque. Die vergiftete Insel“

Mit Hilfe eines von der Olin gGmbH geförderten und von nr betreuten Stipendiums haben Marius Münstermann und Christian Werner in einer beeindruckenden Reportage dokumentiert, wie der Bergbau auf der philippinischen Insel Marinduque die Natur zerstört und die Menschen krank macht. Doch auf Marinduque regt sich Widerstand. Die Bewohner haben es mit dem größten Goldkonzern der Welt aufgenommen. Ihr Bericht ist am 28./29. Januar 2017 in der Süddeutschen Zeitung und als Multimedia-Darstellung erschienen.

Tomma Schröder: „Die Zukunft des UKSH – eine Anamnese“

Mit Unterstützung eines Stipendiums von nr recherchierte Tomma Schröder über die Zustände in der Universitätsklinik Schleswig-Holstein (UKSH) und deckte dabei zahllose Missstände auf. Ihr Beitrag erschien im Flensburger Tageblatt vom 25. Dezember 2016 unter dem Titel „Die Zukunft des UKSH – eine Anamnese“.

Julian Busch und Paul Lovis Wagner: „Wo bist du gewesen?“

Gefördert durch ein Stipendium von nr befassten sich Julian Busch und Paul Lovis Wagner mit der Inhaftierung minderjähriger Flüchtlingen in Griechenland. Das Ergebnis ihrer beeindruckenden Recherche vor Ort erschien am 17. Oktober 2016 im österreichischen Magazin Profil unter dem Titel „Wo bist du gewesen?“. Weitere Veröffentlichungen erfolgten am 7. Januar 2017 in der taz („Schutzlos im Gefängnis“) und am 2. Februar 2017 in der WOZ – Die Wochenzeitung („Minderjährige Flüchtlinge. Kindheit hinter griechischen Gardinen“).

Karin de Miguel Wessendorf: „Kontrollverlust. RWE und die Braunkohle im Rheinischen Revier“

Karin de Miguel Wessendorf recherchierte mit Hilfe eines Stipendiums der Olin gGmbH die Auswirkungen des Braunkohleabbaus in Zeiten der Energiewende. Ihr Hörfunk-Feature („Kontrollverlust: RWE und die Braunkohle im Rheinischen Revier“) wurde am 6. November 2016 auf WDR 5 gesendet, ein Fernsehbeitrag am 10. November um 23.25 Uhr im WDR-Fernsehen ausgestrahlt.



Jenny Marrenbach berichtete auf der Jahreskonferenz 2016 über ihre Recherchen in Haiti.

Jenny Marrenbach: „Haiti, die Blauhelme und die Cholera“

Jenny Marrenbachs Haiti-Recherchen waren das erste von nr und der Karl-Gerold-Stiftung gemeinsam geförderte Projekt. Sie ging der von UN-Blauhelmen auf Haiti verursachten Cholera-Epidemie nach und recherchierte die juristischen Auseinandersetzungen über eine Haftung der Vereinten Nationen für die Katastrophe. Ihre bemerkenswerte Geschichte („Haiti: Mit dem Wasser kam das Elend“) erschien am 15. September 2016 in der Frankfurter Rundschau und einen Tag später als Hörfunk-Feature („Paradis, paradis: Haiti, die Blauhelme und die Cholera“) im Deutschlandfunk.

Svenja Haas: „Freiwilligenarbeit – wer hilft da wem?“

Nach dem Abitur erst einmal raus! Viele junge Menschen nehmen nach dem Ende der Schulzeit unbezahlte Jobs in Entwicklungsländern an, um zu helfen - und um etwas von der Welt kennenzulernen. Dank eines Stipendiums von nr konnte Svenja Haas in Tansania über die positiven und negativen Seiten von Freiwilligenarbeit recherchieren. Ihr Bericht („Freiwilligenarbeit – wer hilft da wem?“) erschien am 17. September 2016 im Schleswig-Holstein-Journal.

Patricia Klatt: „Zeitbombe Trinkwasser“

Patricia Klatt ist einer lokalen Umweltbelastung in Nordbaden bei Rastatt auf den Grund gegangen. Dort ist das Grundwasser auf einer Anbaufläche von 345 Hektar mit per- und polychlorierten Chemikalien (PFC) verseucht. Ihre beispielhafte investigative Umweltrecherche im Lokaljournalismus wurde durch ein Stipendium der Olin gGmbH gefördert und von nr betreut. Klatts Artikel erschienen zunächst am 4. Mai 2016 in der badischen Lokalzeitung Kontext („Zeitbombe Trinkwasser“) und am 4. September 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung („Umweltskandal. Woher kam das Zeug bloß?“). Des Weiteren mündete die Recherchen über das Umweltproblem in Nordbaden in einer 13-teiligen Serie im Acher- und Bühler Boten, die vom 7. September 2016 bis zum 12. November 2016 veröffentlicht wurde.

Linda Tutmann: „Ovidio Orozco wird blind“

Linda Tutmann erzählt in ihrer Geschichte „Ovidio Orozco wird blind“ über die ökologischen und medizinischen Folgen des Abbaus von Kohle in Kolumbien. Auch deutsche Energiekonzerne importieren zunehmend der Kohle aus Südamerika, um ihre Meiler zu befeuern. Die Folgen für die Umwelt und, mehr noch, für die Gesundheit der Arbeiter sind katastrophal. Die beeindruckende Vorort-Recherche von Linda Tutmann, die von der Olin gGmbH gefördert und von nr betreut wurde, erschien am 25. Februar 2016 in der ZEIT.

Egmont R. Koch, Vorstandsmitglied und Betreuer der nr-Stipendien

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir die Beiträge von Jenny Marrenbach sowie Julian Busch und Paul Lovis Wagner. Die Frankfurter Rundschau publizierte die Geschichte von Jenny Marrenbachs am 16.09.2016. Der Artikel von Julian Busch und Paul Lovis Wagner erschien in der taz.am Wochenende am 7. Januar 2017.

David und Goliath in Haiti

Es ist die gravierendste Choleraepidemie der Neuzeit und Soldaten der Vereinten Nationen in Haiti sind für den Ausbruch verantwortlich. Und doch hat ein Bundesgericht in New York gerade ihre Immunität bestätigt.

Von Jenny Marrenbach

Auf den ersten Blick sieht das Gelände wie ein verlassener Parkplatz aus. Unkraut bahnt sich seinen Weg durch rissigen Betonboden, ein paar Ziegen traben meckend davon. Nur das abblätternde Blau und Weiß von einem alten Wachturm erinnert noch daran, dass dieser Ort ein ehemaliger Stützpunkt von UN-Soldaten war. Und Ausgangspunkt einer der größten humanitären Katastrophen dieses Jahrhunderts.

„Hier haben die Blauhelme ihre Fäkalien in die Meye entsorgt,“ sagt Mario Joseph und zeigt auf die Überreste von drei Toilettenhäuschen und ein kleines Flüsschen, was unmittelbar dahinter fließt. Die Meye ist ein Zufluss des Artibonite, des größten Flusses von Haiti. Er versorgt Menschen im ganzen Land mit Wasser zum Trinken, Baden, Waschen und zur Bewässerung der Felder. Mario Joseph ist selbst an den Ufern des Artibonite aufgewachsen. Heute ist er Anwalt und vertritt rund 5000 Haitianer in der Klage gegen die UN.

Die Minustah, die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti, ist bereits seit 2004 in Haiti. Auslöser waren damals blutige Bandenkriege in Cité Soleil, dem größten Slum des Landes. Auf die Bandenkriege folgten politische Unruhen, im Januar 2010 ein verheerendes Erdbeben und dann die Cholera. Und mit jeder neuen Katastrophe verschob sich der Abzug der Blauhelme weiter nach hinten. Mittlerweile sind sie in einen der bedeutendsten Menschenrechtsprozesse der letzten Jahre verwickelt, bei dem die haitianischen Kläger gerade erst einen schweren Rückschlag erlitten haben.

Die Cholera, um die es in dem Prozess geht, brach kurz nach dem Erdbeben im Oktober 2010 aus. Die Krankheit, bei der die Infizierten unter starkem Durchfall und Erbrechen leiden, verbreitete sich innerhalb kürzester Zeit im ganzen Land. Laut offiziellen Zahlen gibt es 10 000 Tote und eine halbe Million Infizierter. Ärzte ohne Grenzen sprechen von einer Dunkelziffer, die drei bis zehn Mal so hoch ist. Schon kurz nach dem Ausbruch stellten mehrere unabhängige Forscherteams fest: Ursache für die Epidemie waren Fäkalien aus einem Camp nepalesischen Blauhelme, die der Regen aus einer ungesicherten Abwassergrube in die Meye spülte. Eine der Studien war von der UN selbst in Auftrag gegeben worden.

„Als wir die Ergebnisse sahen dachten wir, dass sich die Vereinten Nationen ihrer Verantwortung stellen würden,“ sagt Mario Joseph und zieht die Schul-



UN-Soldaten in Haiti.

tern zusammen. Doch was folgte, ging in eine völlig andere Richtung. „Zuerst haben wir Anwälte vom Bureau des Avocats Internationaux versucht, eine außergerichtliche Einigung mit der UN zu verhandeln. Aber die Vereinten Nationen haben auf unseren Vorschlag nicht einmal reagiert.“ Im Oktober 2013 reichen die Avocats Internationaux gemeinsam mit dem Institut für Frieden und

Demokratie in Haiti Klage vor dem Bundesgericht in New York ein. Sie soll die UN von ihrer Immunität entheben. Die Anwälte fordern neben Schadensersatz für die Opfer auch die Beteiligung der UN am Aufbau eines funktionierenden Trink- und Abwassersystems. Internationale Juristenbündnisse, Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaftler unterstützen die Anwälte. Doch nach einer Niederlage in erster Instanz und einem Einspruch steht nun fest: Die Immunität der UN bleibt bestehen.

Mario Joseph schüttelt den Kopf. Zu viele Geschichten von Opfern spuken darin herum. Sie erzählen von verlorenen Kindern, zerbrochenen Existenzen, Lebenseinschnitten. Doch davon später mehr. Zuerst ist es wichtig zu wissen, dass die Cholera eigentlich keine Krankheit zum Sterben ist. Sauberes Wasser und ein paar Elektrolyte reichen im Normalfall zur Behandlung aus. Nur in Haiti gibt es keinen Normalfall, es herrscht seit Jahren Ausnahmezustand. „Das weiß die UN ganz genau, schließlich sind sie seit zwölf Jahren bei uns im Land – es ist eine der längsten UN-Missionen weltweit,“ sagt Mario Joseph. „Die Gefahr, dass eine Epidemie ausbrechen konnte war offensichtlich. Es war grob fahrlässig, dass die UN ihre Fäkalien nicht richtig entsorgt haben.“

Währenddessen heult in Port-au-Prince, am Rande des Slums Cité Soleil, die Sirene eines Panzers auf. Das bullige Fahrzeug biegt von der UN-Militärbasis in das Zentrum des Slums ab. „Eine Routinepatrouille,“ sagt Colonel Guerra, Presseoffizier der brasilianischen Minustah-Einheit, und rückt seine schussichere Weste zurecht. Eigentlich sei die Weste gar nicht nötig, verkündet er stolz, denn in Cité Soleil sei seit 60 Tagen nicht mehr geschossen worden. „Aber wir sind Soldaten und das ist unsere Uniform.“

In manchen Teilen des Slums wohnen die Menschen auf Bergen von festgetretenem Müll

Der Panzer fährt vorbei an schiefen Wellblechhütten, brennendem Plastik, stinkenden Pfützen. Ein aufgeblähter Hundekadaver liegt am Straßenrand. Doch Colonel Guerra bleibt positiv: „Da vorne verkaufen die Menschen Lebensmittel und die Kinder spielen unbehelligt auf der Straße. Das Leben in Cité Soleil ist unter Kontrolle.“ Er wird an diesem Tag noch viel über den Erfolg der MINUSTAH sprechen. Und um jeden Preis das Thema Cholera umgehen.

Der Panzer hält am Hafen von Cité Soleil, einem brüchigen Steg, der ins karibische Meer ragt. Vor und hinter dem Panzer springen die Soldaten der Patrouille aus den Jeeps. Sie tragen Maschinengewehre und 9-Millimeter Pistolen, aus Funkgeräten schnarren Befehle auf Portugiesisch. Es geht zu Fuß

weiter, vorbei an einem Teil des Slums, in dem die Menschen auf mehreren Metern festgetretenen Müll wohnen. Wenn es in Port-au-Prince regnet, wird das Wasser durch die Straßen bis hier unten hin geschwemmt. Die Cholera ist hier nur eine weitere Verlängerung der Liste mit Krankheiten, auf der schon HIV, Keuchhusten und Infektionen jeglicher Art stehen.

Zurück auf dem ehemaligen nepalesischen UN-Stützpunkt tippt der Menschenrechtsanwalt Mario Joseph auf seine Uhr. Er muss weiter zu seinen Mandanten ins Landesinnere – und obwohl es nur ein paar Kilometer sind, die Fahrtdauer ist schwer abzuschätzen. Der Regen der letzten Tage hat die braune Erde in Schlamm verwandelt und Felsbrocken angehäuft. Im Vierrad-antrieb steuert Mario Joseph seinen schwarzen Jeep durch zwei kleine Flussläufe und über abenteuerliche Steigungen. Dann stellt er mitten auf dem Weg den Motor ab und sagt: „Seien wir vernünftig.“ Wir gehen zu Fuß weiter. „Die Menschen, die in solch abgelegenen Regionen wie hier leben, bewegen sich zu Fuß oder auf dem Rücken eines Esels fort,“ erklärt Joseph. Als die Cholera 2010 ausbrach, wusste niemand, was für eine Krankheit das war. „Die Menschen hatten Angst die Kranken anzufassen, weil sie nicht wussten, ob sie ansteckend waren.“ Viele seien schon auf dem Weg ins Krankenhaus an Dehydrierung gestorben.

Am Wegesrand öffnet sich eine Hecke, dahinter liegt ein kleiner Hof auf dem ein großer Baum und ein windschiefes Häuschen stehen. An die 20 Männer und Frauen sitzen eng aneinandergedrängt auf einem Zementblock. Als sie Mario Joseph sehen, springen sie auf und geben eine mit einem Stock in feuchten Zement geritzte Inschrift frei. Génélia Jeune, gestorben am 22. November 2010.

Ein alter Mann mit trüben Augen und grauem Stoppelbart löst sich aus der Gruppe. Wie zum Beweis hält er Ausweis den Ausweis seiner Frau Génélia in seiner Hand. Auf dem Foto ist eine ältere Frau zu sehen, deren Zöpfe eng am Kopf anliegen. „Wir hatten sieben Kinder miteinander. Seit Génélia nicht mehr da ist, habe ich den Boden unter den Füßen verloren,“ sagt er. Sein Sohn tritt heran. Er hat Glück gehabt und die Cholera überlebt. Doch die Folgen der Krankheit begleiten ihn bis heute. „Mein Körper ist nie wieder zu Kraft gekommen,“ sagt er. „Früher habe ich gearbeitet und meine Familie versorgt. Ich habe eine Frau und Kinder, aber meine Beine sind zu schwach für die Arbeit.“

Auch die anderen Opfer erzählen nun nach und nach von ihren Erfahrungen. Wie sie ihre ganzen Ersparnisse für die Behandlung ausgeben mussten und nun ihr Essen nur noch auf Kredit kaufen könnten. „Es ist nicht so, dass wir früher Fleisch gegessen haben. Aber die Ärzte sagen uns, wir müssen Ziegenleber und Gemüse kochen, um wieder zu Kraft zu kommen,“ erzählt eine abgemagerte Frau mit kratziger Stimme. Die anderen stimmen zu, berichten, wie sich plötzlich die Preise verdoppelten und angesparte Träume über Nacht verloren gingen.

„Ihr kennt die Geschichte von David und Goliath,“ sagt Mario Joseph. „Wir sind David und die Vereinten Nationen sind Goliath. Es ist kein ein-



Jenny Marrenbach bei der Recherche in Haiti.

facher Kampf, aber ich verspreche euch zu kämpfen, bis uns Gerechtigkeit widerfährt.“ Die Menschen um das graue Grab aus Beton klatschen Beifall. Sie glauben an Mario Joseph, weil er einer von ihnen ist. Und weil ihnen sonst nicht viel anderes übrig bleibt.

In Cité Soleil marschiert die Patrouille weiter durch die kleinen Gassen von Cité Soleil. Kinder machen sich einen Spaß daraus ihr hinterherzulaufen. Lachen über die unglückliche Miene der Journalistin, die mit ihren Schuhen in einer Mischung aus Matsch und Exkrementen versinkt. In ihrem Lachen klingt die Erfahrung mit von jemandem, der noch nie ein festes Paar Schuhe besessen hat. Colonel Guerra ruft: „Sami, Sami.“ Aus dem Créolischen übersetzt hieße das „Freund“, sagt er, jeder Soldat würde das Wort kennen. „Sami“ ist aber auch das einzige Wort, was die Soldaten in der Landessprache sprechen. Auch Französisch, die zweite Sprache des Landes, spricht keiner der Soldaten. „Wir behandeln die Haitianer mit Respekt, wir sehen in diesen Kindern unsere eigenen Kinder,“ fügt Guerra hinzu. Dass es tatsächlich viele Soldaten gibt, die in Haiti ein eigenes Kind haben, meint er damit aber nicht. Die sogenannten „Peacekeeper Babies“ sind Kinder, die aus Vergewaltigungen von UN-Soldaten entstanden sind. Mittlerweile gibt es so viele von ihnen, dass sich eigene Interessensgemeinschaften um sie kümmern.

Wie es so weit kommen konnte, ist eine Frage, die immer mehr Haitianer umtreibt. Viele sprechen von der UN mittlerweile als Besatzungsmacht. Dieses Gefühl entsteht vor allen Dingen, weil die Vereinten Nationen sich nicht an ihre eigenen Regeln halten.

Berichte legen nahe, dass die UN nach sechs Jahren ihre Abwasserversorgung immer noch nicht verbessert hat

Als die Minustah vor zwölf Jahren nach Haiti kam, schloss sie mit der damaligen Regierung einen Vertrag. Im Sofa, dem Status of Forces Agreement, sind die Regeln für den Aufenthalt der Blauhelme festgelegt. In Artikel 55 verpflichtet sich die UN im Gegenzug zu der ihr gewährten Immunität ein Schiedsgericht einzurichten. Eine Anlaufstelle für Haitianer, für den Fall dass ein Blauhelmsoldat ein Unrecht begeht. Zum Beispiel jemanden vergewaltigen oder hochinfektiöse Fäkalien in öffentliche Gewässer zu entsorgen. Bis heute ist dieses Gericht niemals eingesetzt worden. Dazu kommen immer wieder zurückgehaltene und geheime Berichte an die Öffentlichkeit, aus denen klar wird, dass die UN auch sechs Jahre nach dem Ausbruch der Cholera ihre Abwasserversorgung noch immer nicht ausreichend geregelt hat.

Das Gerichtsurteil in New York hat die Befürworter der Choleraklage in ihrem Kampf zurückgeworfen. Überrascht dürfte es sie nicht haben. Zu sehr sind sie an die Willkür der mächtigen Minustah-Maschine schon gewöhnt.

Einen Tag vor der Verkündung des Urteils gelang der UN außerdem ein medial sehr erfolgreicher Coup. Sie ließ verbreiten, dass sie ihre Rolle am Ausbruch der Cholera anerkenne und konkreten Handlungsbedarf sehe. Details sollen in den nächsten Tagen folgen, die Formulierungen deuten auch die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung für Opfer an. Dass die UN laut Gerichtsurteil trotzdem immun bleibt und somit keinerlei bindende Verpflichtung hat, das ging in der Berichterstattung der folgenden Tage eher unter.

Die Menschenrechtsanwälte um Mario Joseph hoffen jetzt auf eine konsequente Umsetzung der Ankündigungen. Sie glauben an den guten Willen der Organisation, die zum Schutz der Menschenrechte gegründet wurde. Auch, weil ihnen sonst nicht viel anderes übrig bleibt.

Minderjährige Geflüchtete: Im griechischen Knast

In Griechenland machen inhaftierte minderjährige Geflüchtete brutale Erfahrungen. Einige fangen an, sich selbst zu verletzen.

Von Julian Busch und Paul Lovis Wagner

taz Athen/ Nach dem Abendessen auf dem Strefi-Hügel in Athen entspannen sich die Gesichtszüge von Malik Fajr. Es ist sechs Uhr abends und er isst das erste Mal an diesem Tag. Seine Hände umklammern das Sandwich, als er sagt: „Jetzt geht es mir besser. Seit meiner Freilassung versuche ich zu überleben.“

Drei Monate saß Malik, damals 16 Jahre alt, mit anderen Flüchtlingen in einem griechischen Gefängnis für illegalisierte Migranten. Eine juristische Einzel-fallprüfung oder ein rechtlicher Beistand wurden ihm nicht gewährt.

Der heute 17-jährige Malik kommt aus Casablanca und will in Deutschland leben und zur Schule gehen. Aber er hängt fest in Griechenland, einem Land, das sich für viele Flüchtlinge zu einer Falle entwickelt hat. Vor allem für jene, die am meisten Schutz bräuchten. Allein reisende minderjährige Flüchtlinge werden inhaftiert. Eigentlich sollen sie in Jugendheimen untergebracht werden, doch es gibt nicht genügend Plätze. Man wolle die Jugendlichen schützen, argumentieren die Behörden. Auf der Straße seien sie nicht sicher vor Menschenhandel und Ausbeutung.

Etwa 1.600 Minderjährige stehen auf der staatlichen Warteliste. Sie warten in überfüllten Camps und auf der Straße. Werden sie von der Polizei aufgegriffen, kommen sie in „polizeiliche Schutzhaft“.

„Es ist klar, dass eine Zelle kein Ort für ein Kind ist“ sagt Giorgos Kyritsis, Sprecher des griechischen Regierungskomitees zur Migrationskrise. „In manchen Fällen gibt es aber keinen anderen Weg, für die Sicherheit der Kinder zu garantieren“, rechtfertigt er das Vorgehen. Nach dem Gesetz dürfen Minderjährige für 45 Tage inhaftiert werden. Tatsächlich dauert die Haft nach Auskunft von Hilfsorganisationen jedoch oftmals Monate.

Maliks Lächeln wirkt gequält

Maliks Reise beginnt im Dezember 2015. Er fliegt von Marokko nach Istanbul und fährt mit einem Schlauchboot nach Griechenland. Dort glaubt er das Schlimmste hinter sich zu haben. Auf Facebook posiert er lächelnd für ein Foto am Strand. Er sei jetzt auf dem Weg nach Deutschland, schreibt er. Dann

ist sein Account mehrere Monate inaktiv. Es ist die Zeit, die er in der Haftanstalt für illegale Migranten in Korinth verbringt.

Maliks Lächeln wirkt gequält, wenn er über seine Ankunft in Griechenland erzählt und wie er in das Übergangslager Elliniko im alten Athener Flughafen gebracht wurde. Eines Abends tauchte die Polizei im Camp auf. Sie kontrollierten die Papiere und sagten, man wolle ihn und ein paar andere in ein Camp mit besserer Infrastruktur bringen. Erst als die jungen Männer Stacheldraht und das Schild an der Einfahrt ihres neuen Wohnortes sahen, wurde ihnen klar, was mit dem „besseren Camp“ gemeint war: das Gefängnis für illegalisierte Migranten.

Die Bedingungen im Gefängnis seien brutal gewesen, erzählt Malik, vor allem im Winter. „Warmes Wasser hatten wir nur, weil wir mithilfe der offenen Stromleitungen in unserem Trakt das Wasser erhitzen.“ Im Dezember wagten einige der Gefangenen einen Ausbruchsversuch. „Sie kamen bis zum äußersten Zaun. Dann wurden sie geschnappt und zusammengeschlagen. Alles war voller Blut. Am Stacheldraht hatten sich die Menschen den gesamten Körper aufgeschnitten.“

Sie fangen an, sich zu ritzen

Laut dem griechische Sozialministerium hielten sich Mitte Oktober etwa 359 unbegleitete Minderjährige in geschlossenen Einrichtungen auf. Aussagen eines Polizeioffiziers zufolge waren allein in der Region Kilkis in der ersten Jahreshälfte 77 Kinder in polizeilicher Schutzhaft. Die Zahl der inhaftierten erwachsenen Geflüchteten wird hingegen nicht veröffentlicht. Schätzungen gehen von mehreren Tausend Inhaftierten aus. Unter ihnen Kinder wie Malik.

Einige der Kinder fangen in der Haft an, sich selbst zu verletzen. Sie ritzen sich mit Rasierklingen die Haut auf. „Am schlimmsten war es, wenn mal jemand abgeschoben wurde. Da war ein Mann, der hat sich den kompletten Bauch aufgeschnitten. Das verzögerte die Abschiebung, aber letztendlich saß er dann doch im Bus Richtung Türkei.“ Malik beißt auf seinen Fingernägeln herum, den Blick in Richtung Boden gerichtet.

Gemeinsam mit ein paar Freunden unterstützt Julia Schmidt, eine junge Sozialarbeiterin aus Deutschland, inhaftierte Kinder in Griechenland. Ihren richtigen Namen verrät sie nicht. Sie will anonym bleiben, weil sie Angst vor Anfeindungen durch die Polizei hat. Mit einem abgeklärten Blick nippt sie an ihrem Kaffee.

„Wenn du im Gefängnis bist, dann kannst du nachts nicht schlafen. Ich versuche für die Jungen da zu sein. Sobald die Sonne untergeht, schreiben wir Nachrichten über Mobiltelefone hin und her. Wir machen Witze und erzählen uns Geschichten.“ Sie erzählt von Elektroschockern, die Polizisten gegen Kinder verwenden.

Sie zeigt Bilder auf ihrem Handy, die ihr die Kinder regelmäßig schicken: das Foto einer Zelle in einer griechischen Polizeistation im Norden Griechenlands. Es ist eng, an den Seiten stehen Etagenbetten, auf dem Boden schlafen Menschen. Die Wände sind schimmelig. Ein anderes Foto zeigt eine Gruppe junger Afghanen, die sich aus Verzweiflung die Beine aufgeschnitten haben.

Zurück zum Dublin-System

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisiert in ihrem Bericht vom September 2016 die katastrophalen Zustände in griechischen Haftanstalten. Es gebe keinerlei Freizeitbeschäftigungen und Berichte von Misshandlungen durch die Polizei. Kinder würden geschlagen und gefesselt. „Der Mangel an Betreuung, Versorgung und Schutz von Kindern in griechischer Haft bricht internationales und nationales Recht“, sagt die Menschenrechtsbeobachterin Eva Cossé von Human Rights Watch.



Situation im Gefängnis in Korinth.

Weil er keinen anderen Ausweg sieht, beantragt Malik kurz nach seiner Inhaftierung Asyl. Es dauert zwei Monate, bis die Justizbeamten ihn zur Asylbehörde bringen. Als er schließlich entlassen wird, bekommt er seinen Rucksack und ein Ticket nach Athen ausgehändigt. Kurzzeitig lebte er dort in einem Zelt im Stadtpark, wo, wenn er abends schlafen ging, die Drogendealer ihre Arbeit begannen. Zurzeit lebt er bei einem Freund in einer Wohnung und verdient mit Gelegenheitsjobs bei der Trauben- und Olivenernte am Tag etwa 20 bis 25 Euro.

Davon abgesehen, wird die Situation in Griechenland ab März noch dramatischer. Dann will die EU das Dublin-System wieder aktivieren, nach dem ein Flüchtling in dem europäischen Land Asyl beantragen muss, das er zuerst betreten hat. Im Klartext heißt das, die EU-Länder sollen ihre Flüchtlinge wieder zurück nach Griechenland schicken, wo die meisten angekommen sind. Der griechische Einwanderungsminister Ioannis Mouzalas hält das für ein Desaster. Mitte Januar will er mit Italien, Malta und Bulgarien über eine gemeinsame „Front“ gegen die Pläne der EU beraten.

Mouzalas indes hat eigene Pläne, wie er die Situation in Griechenland beruhigen will: Alle Flüchtlinge, die nur eine minimale Chance auf Asyl hätten, sollen in speziellen „Vorabschiebelagern“ interniert werden.

Seit Monaten wartet Malik auf seinen Anhörungstermin bei der Asylbehörde in der Hoffnung, bald nach Deutschland reisen zu können. Sobald er 18 wird, sind seine Chancen auf Asyl allerdings äußerst schlecht: 2015 lag die Anerkennungsquote für marokkanische Asylbewerber in Deutschland bei 3,7 Prozent. Wenn Maliks Asylprozess nicht erfolgreich ist, wird er wahrscheinlich erneut inhaftiert.

„Mehr Transparenz wagen“

Die Arbeit von netzwerk recherche zu den Themen Auskunftsrecht und Informationsfreiheit

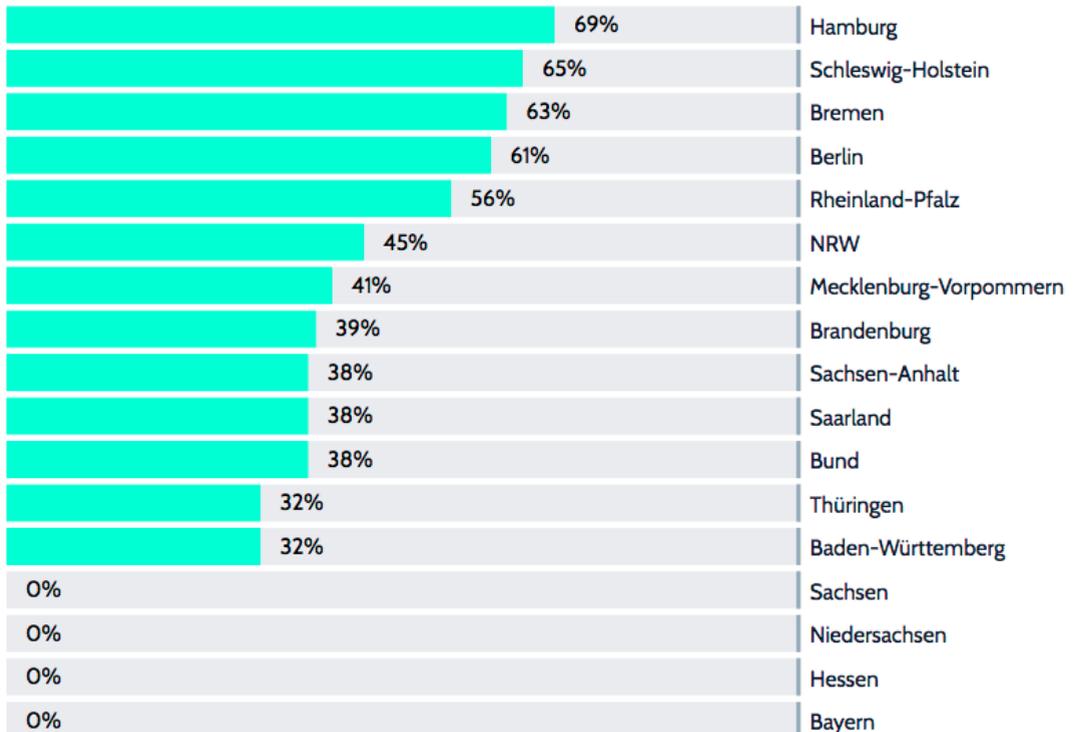
Seit seiner Gründung setzt sich netzwerk recherche für eine Stärkung der Auskunftsrechte ein. Denn zur Förderung der Recherche im deutschen Journalismus gehört auch, dass Journalisten verbriefte Rechte haben, Unterlagen öffentlicher Stellen einzusehen. Nur so können sie sich auch jenseits von Auskünften der Pressestelle oder Tipps von Informanten ein detailliertes Bild zum Vorgehen von Politik und Verwaltung verschaffen. In Deutschland gibt es hier einen großen Nachholbedarf, denn in vielen Ämtern herrscht nach wie vor der Geist der „Amtsverschwiegenheit“. Ein bundesweites Akteneinsichtsrecht für Journalisten und Bürger wurde erst 2006 verankert, nicht zuletzt dank der gesetzgeberischen Vorschläge, die netzwerk recherche zusammen mit anderen Organisationen vorgebracht hat. Doch auf Landesebene gibt es hier immer noch weiße Flecken.

2016 sind zum Jahresanfang zwei gesetzliche Neuerungen in Kraft getreten, zu denen sich netzwerk recherche engagiert hat: Baden-Württemberg hat endlich ein Landes-Informationsfreiheitsgesetz bekommen, als eines der letzten Bundesländer – nun fehlen solche Regelungen noch in Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Bayern. Leider hat ausgerechnet das grün-rot regierte Baden-Württemberg sehr restriktive Bestimmungen vorgelegt, die im Landesvergleich eher für einen Rückschritt bei der Transparenzgesetzgebung stehen. Auf den Beratungsprozess hat netzwerk recherche wiederholt versucht, Einfluss zu nehmen: So durch die öffentliche Vorstellung eines Modellgesetzes in der Landespressekonferenz in Stuttgart, durch Gesprächstermine im federführenden Innenministerium und durch Presseerklärungen, in denen kritisiert wurde, dass Baden-Württemberg sich bei der Informationsfreiheit leider nur vom letzten auf den vorletzten Platz vorarbeitet. Doch gegen den Widerstand der kommunalen Spitzenverbände und der Ministerialbürokratie war hier leider wenig auszurichten.

Wie es auch anders gehen kann, hat zur gleichen Zeit Rheinland-Pfalz demonstriert, wo die Ministerpräsidentin eine Reform zu ihrem persönlichen politischen Anliegen gemacht und dem Projekt so Nachdruck verliehen hatte: Dort ist das Landes-Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz mit automatischen Veröffentlichungspflichten im Internet weiterentwickelt worden. Das ebenfalls 2016 in Kraft getretene Gesetz wurde von einem Beteiligungsprozess flankiert, mit Expertenanhörungen, Bürgerworkshops und einer Podiumsdiskussion im Landtag, bei der auch netzwerk recherche repräsentiert war.

Die Beteiligung an solchen Diskussionprozessen ist für einen kleinen Verband wie netzwerk recherche recht zeitaufwändig, weil zu den Gesetzgebungsvorhaben stets umfangreiche Verbandsstellungen eingereicht werden, die die Details der gesetzlichen Regelungen beleuchten. Zum Jahresende 2016 hat netzwerk recherche z.B. an der Expertenanhörung zur Novellierung des Informationsfreiheitsgesetzes in Schleswig-Holstein teilgenommen.

Ranking der Informationsfreiheitsgesetze

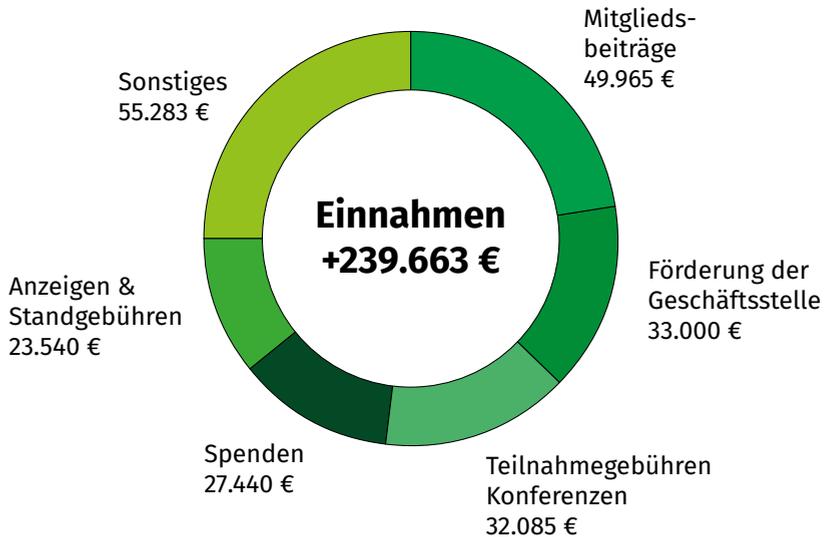


Die Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. und Mehr Demokratie e.V. haben die Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze in den deutschen Bundesländern miteinander verglichen und daraus ein Ranking erstellt. Schlusslichter sind Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen, wo es keine gesetzlichen Regelungen gibt. Mehr Informationen unter transparenzranking.de

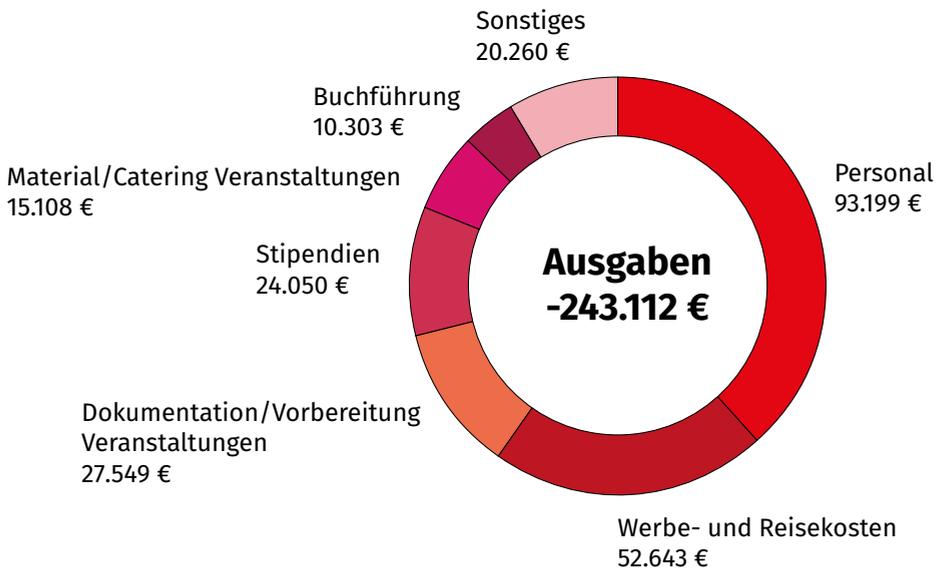
Ein zentrales Element der Arbeit über Auskunftsrechte ist neben der Begleitung der Gesetzgebung die Beratung der Mitglieder: Immer wieder melden sich Kolleginnen und Kollegen, die bei der Recherche nicht weiterkommen und sich dann rechtliche und strategische Tipps zum Vorgehen holen. Als praktische Ermutigung bietet netzwerk recherche auch auf seiner Homepage viele Informationen zum Informationsfreiheitsgesetz an. Im monatlichen Newsletter werden zentrale Gerichtsurteile kommentiert und so das Wissen über die Rechercherechte verbreitert. Denn die Gesetzesnovellen, die netzwerk recherche anzuschleichen versucht, sind natürlich nur hilfreich, wenn sie von möglichst vielen Journalisten im Redaktionsalltag genutzt werden.

*Dr. Manfred Redelfs,
kooptiertes Vorstandsmitglied für das Thema
Auskunftsrecht und Informationsfreiheit*

Finanzen 2016



Jahresergebnis: -3.449 €



Spenden/Fördermittel 2016 (Beträge ab 1.000 Euro)

- ▶ Rudolf Augstein Stiftung (33.000 Euro, allgemein)
- ▶ Dr. Dirk Ippen (25.000 Euro, allgemein)
- ▶ Bundeszentrale für politische Bildung (15.650 Euro, Jahreskonferenz)
- ▶ Olin gemeinnützige GmbH (13.000 Euro, Recherche-Stipendien)
- ▶ Schöpflin Stiftung (10.400 Euro, Non-Profit-Journalismus/Grow-Stipendien)
- ▶ Science Media Center (6.545 Euro, Jahreskonferenz)
- ▶ Freie und Hansestadt Hamburg (5.000 Euro, Jahreskonferenz)
- ▶ ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius (4.000 Euro, Jahreskonferenz)
- ▶ TU Dortmund, Institut für Journalistik (2.787,91 Euro, Kooperation Daten-Labor 2015)
- ▶ Bund der Versicherten (1.000 Euro, allgemein)
- ▶ Peter Löbel (1.000 Euro, Grow-Stipendien)

Tätigkeits- und Finanzberichte des Vereins finden Sie auch auf unserer Webseite unter nrch.de/trans

Mitgliederstand Ende 2016: **812**



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

netzwerk recherche ist Mitglied der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.



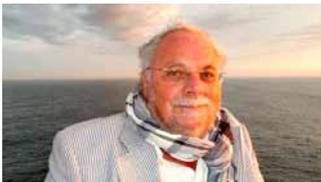
netzwerk recherche ist Mitglied im Global Investigative Journalism Network.

Ehrenamtliches Engagement

Wir danken allen Referenten, Moderatoren und ehrenamtlichen Mitstreitern für ihren unentgeltlichen Einsatz 2016:

Tobias Ahrens, Gregor Aisch, Mays Albeer, Christian Althoff, Jana Anzlinger, Christin Apenbrink, Matthew A. Apuzzo, Franziska Augstein, Jakob Augstein, Julia Bast, Alexandra Bauer, Monika Bäuerlein, Mika Baumeister, Markus Beckedahl, Katja Becker, Sven Becker, Kathrin Becker, Frank Beckmann, Liane Bednarz, Christoph Behrens, Djamila Benkhelouf, Dirk Benninghoff, Marcus Bensmann, Bastian Berbner, Eric Beres, Sebastian Beug, Denys Bihus, Meik Bittkowski, Rudolf Bögel, Robert Bongen, Hristio Boytchev, Udo Brannah, Susanne Brand, Aline Braun, Birte Bredow, Klaus Brinkbäumer, Bastian Brinkmann, Annabell Brockues, Carsten Brosda, Stefanie Brüning, Katharina Brunner, Natascha Buhl, Jana Burczyk, Christian Burg, Steffen Burkhardt, Silke Burmester, Nil Cakmak, Irem Cati, Astrid Corall, Jennis D'Souza, Sylvio Dahl, Jürgen Dahlkamp, Moritz Damm, Gita Datta, Ides Debruyne, Ozan Demircan, Dennis Deuermeier, Giovanni di Lorenzo, Emilia Diaz-Struck, Wiebke Dördrechter, Jürgen Döschner, Daniel Drepper, Inga Dreyer, Can DüNDAR, Hendrik Efert, Kristina Egerer, Werner Eggert, Marie Eickhoff, Joana EkruTT, Marius Elfering, Christina Elmer, Katja Engel, Patricia Ennenbach, Kristoffer Fillies, Johannes Filous, Katharina Finke, Philippe Fischer, Linda Fischer, Claudia Fischer, Peter Fischer, Claudia Flach, Felix Franz, Julia Freistedt, Josef-Otto Freudenreich, Michael Fricke, Nico Fried, Patricia Friedek, Daniela Friedrich, Anne Fromm, Lutz Frühbrodt, Christian Fuchs, Mareike Fuchs, Isolde Fugunt, Christina Fürstenau, Bernd Gäbler, Susanne Gaschke, Daniela Gaßmann, Patrick Gensing, Katja Gloger, Kai Gniffke, Tim Göbel, Susanne Götze, Daniel Gräber, Peter Grabowski, Louisa Grewe, Markus Grill, Steffen Grimberg, In-golf Gritschneider, Anna Gröhn, Annika Großkrüger, Sylke Gruhnwald, Tabea Grzeszyk, Lena Gürtler, Kuno Habermusch, Michael Haller, Claudia Hammermüller, Max Handwerk, Daniel Harrich, Sharmila Hashimi, Dunja Hayali, Ulrike Heitmüller, Carolin Henkenberens, Christoph Henrichs, Falk Heunemann, Benjamin Hiller, Alexa Höber, Alexej Hock, René Hofmann, Frederike Holewik, Max Hoppenstedt, Michael Hörz, Christian Humborg, Philipp Hummel, Raphael Hünerfauth, Michael Hunger, Michael Inacker, Alena Jabarine, Annika Jahn, Thorsten Jahnke, Julia Jaroschewski, Martin Jäschke, Nick Jaussi, Claudia Jentsch, Simon Jockers, Rainer Kahrs, Boris Kartheuser, Bernd Kastner, Jürgen Kaube, Sabine Kehm, Simon Kerbusk, Wiebke Keuneke, Kamran Khan, Nils Kinkel, Moritz Klack, Patricia Klatt, Johanna Kleibl, Joachim Knuth, Egmont Koch, Klaus Kocks, Michal Kokot, Christoph Koopmann, David Korsten, Katja Kraus, Jóhannes Kr. Kristjánsson, Tim Kröplin, Thomas Krüger, Sven Kubick, Sven Kummereincke, Arnetá Kuqi, Argona Kuqi, Britt-Marie Lakämper, Andreas Lange, Timo Lange, Isa Lange, Ute Lederer, Gernot Lehr, Constanze Lerch, Mara Leurs, Volker Lilienthal, Eva Lindenau, Friedrich Lindenberg, Vera Linß, Eva Lopez, Mirko Lorenz, Dirk Lübke, Kristiana Ludwig, Michael Lünstroth, Marco Maas, Andreas Maisch, Nadja Malak, Viktor Marinov, Lutz Marmor, Anna Marohn, Jenny Marrenbach, Georg Mascolo, Lorenz Matzat, Gisela Mayer, Johanna Mayerhofer, Andre Meister, Christian Mensching, Kay Meseberg, Wolfgang Messner, Cordula Meyer, Anja Meyer, Katharina Meyer, Christian Mihr,

Emin Milli, Manuel Mohr, Christopher Möller, Sebastian Mondial, Gert Monheim, Daniel Moßbrucker, Michael Mosuch, Christiane Mudra, Florian Müller, Wolfgang Müller, Yassin Musharbash, Paul Myers, Nicola Naber, Amelie Nenger, Carolin Neumann, Marcus Nicolini, Holger Nieland, Stefan Niggemeier, Frank Nipkau, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Marta Orosz, Bernd Oswald, Marcel Pauly, Sonja Peteranderl, Luisa Pfeiffenschneider, Helmuth Pflantzer, Lydia Pirklbauer, Kai Polsterer, Sven Preger, Jan Puhl, Dunja Ramadan, Ashwin Raman, Linda Rath-Wiggins, Paul-Josef Raue, Sahar Raza, Lars Reckermann, Manfred Redelfs, Kristina Regentrop, Jens Rehländer, Carsten Reinemann, Anja Reschke, Stephanie Reuter, Martin Reyher, Lena Ripperger, Uwe Ritzer, Lia Rodehorst, Wulf Rohwedder, Ali Vahid Roodsari, Boris Rosenkranz, Sophie Rotgeri, Rebecca Roth, Jörg Sadrozinski, Sanaz Saleh-Ebrahimi, Alexander Sänglerlaub, Nanna Sarauw, Kai Schächtele, Jan M. Schäfer, Bernd Schellenberg, Tom Schimmeck, Patricia Schlesinger, Michael G. Schmidt, Bettina Schmieding, Cathrin Schmiegel, Jörg Schmitt, Thomas Schnedler, Alexander Schneider, Jessica Schober, Olaf Scholz, Wolfgang Schorlau, David Schraven, Catalina Schröder, Michael Schroeder, Martin Schulz, Maria Schütte, Jondis Schwartzkopff, Karolin Schwarz, Moritz Schwegler, Petra Schwegler, Giannina Segnini, Philipp Seibt, Jochim Selzer, Arne Semsrott, Hajo Seppelt, Lisa Severing, Elena Shilkova, Volker Siefert, Klaus Siekmann, Monika Sieradzka, Pascal Siggelkow, Ulrike Simon, Florian Skrabal, Petra Sorge, Jürgen Soyer, Marc Thomas Spahl, Matthias Spielkamp, Claudia Spiewak, Max Sprengart, Daniel Stahl, Celina Stammerjohann, Philipp Steffens, Fiete Stegers, Julia Stein, Dieter Stein, Peer Steinbrück, Susanne Stichler, Wolfgang Storz, Patrick Stotz, Jan Lukas Strozyk, Petra Tabeling, Sarah Tacke, Elmar Theveßen, Jens-Uwe Thomas, Oscar Tiefenthal, Pauline Tillmann, Özlem Topçu, Magdalena Tröndle, Theresa Tropper, Moritz Tschermak, Albrecht Ude, Maren Urner, Lea Utz, Tanja van Bergen, Hannes Vater, Stephanie Vendt, Martin Viertel, Cedric Voigt, Sonja Volkmann-Schluck, Justus von Daniels, Antonia von der Behrens, Lena von Holt, Marcus von Jordan, Nataliya Vygovskaya, Charlie Walter, Konrad Weber, Thomas Weber, Fiona Weber-Steinhaus, Stefan Wehrmeyer, Sandra Weiß, Roxana Wellbrock, Malte Werner, Marc Widmann, Andreas Wiemers, Elena Wiesner, Carola Wille, Marc Winkelmann, Clara Wißmach, Benedict Witzemberger, Nora-Vanessa Wohlert, Armin Wolf, Fritz Wolf, Vanessa Wormer, Simon Wörpel, Sonja Wurtscheid, Michael Würz, Jana Wuttke, Laurine Zienc, Katharina Zweig, Bernd Zywiets, u.v.a.m.



2016 ist unser Mitglied Michael Schomers gestorben. Michael war ein leidenschaftlicher Forscher, ein toller Kollege und ein engagiertes nr-Mitglied. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Partner



M100 SANSSOUCI
COLLOQUIUM
2016

*isarrunde
spreerunde*

'torial

n-ost
border crossing journalism

Otto
Brenner
Stiftung

SPIEGEL ONLINE

WZFFREELANCE
THE WZFFREELANCE EXPERIENCE 2016



Gesundheitspartner

piqd
handverlesenwert

interlink.academy
International Dialog and Journalism

BILDblog

 **taz.panterstiftung**

Henri-Nannen-Schule
Hamburger Journalistenschule


Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

 **ifp**


**Konrad
Adenauer
Stiftung**

DJS.
Deutsche Journalistenschule

**netzwerk recherche e.V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin**

Twitter: @nrecherche

**info@netzwerkrecherche.de
www.netzwerkrecherche.org**

Telefon: 030 49854012